

Die 'Freiheit' erscheint morgens und nachmittags, an Sonn- und Festtagen nur morgens. Der Bezugspreis beträgt bei jeder Zustellung ins Haus für Groß-Berlin oder bei direktem Postweg ohne Postgebühr monatlich 2,50 M., bei Zustellung unter Straßbahn 4,50 M. Die 'Freiheit' ist in den ersten Nachtrag der Postzeitungsliste für 1919 eingetragen. Redaktion: Berlin N.W. 6, Schiffbauerdamm 19 III. Verlagsleiter: Kurt Norden 2895 und 2896.

Interests kosten die achteigste, Postanstaltliche oder deren Raum 1,20 M., Postanstaltliche Postgebühren 80 Pf., jedes weitere Wort 25 Pf., Erziehungszug 50 Pf., Familien- und Vereinstaxen 10 Pf. der Zeitungsliste. Interests für den darauffolgenden Tag müssen spätestens bis 5 Uhr nachmittags bei der Expedition ankommen. Expedition: Berlin N.W. 6, Schiffbauerdamm 19. Verlagsleiter: Kurt Norden 2895.

FREIHEIT

Berliner Organ

Der Unabhängigen Sozialdemokratie Deutschlands

Der Tag der Entscheidung.

Die Bildung des neuen Kabinetts.

Die gestern mittag von W. T. V. verbreitete Meldung, daß die Nachricht über das Zustandekommen eines Kabinetts Bauer nicht zutreffend sei, war unrichtig. In Wirklichkeit war nur der erste Versuch Bauers, ein Kabinett zu bilden, gescheitert, da die Demokraten den Eintritt ablehnten. Bauer ist zum zweiten Male mit der Bildung eines Ministeriums beauftragt worden, über dessen Zusammensetzung in den späten Nachmittagsstunden folgendes mitgeteilt wurde:

- Präsident des Reichsministeriums: Bauer,
- Reichsminister des Auswärtigen: Herr. Müller,
- Innere: Dr. David,
- Vertreter des Reichsministerpräsidenten und Reichsminister der Finanzen: Erzberger,
- Reichswirtschaftsminister: Wiesel,
- Reichsarbeitsminister: Schilde,
- Reichsjustizminister: Mayer-Kaufbeuren,
- Reichspostminister: Giesberts,
- Reichsverkehrsminister und weiter beauftragt mit der Führung des Reichskolonialamts: Bell,
- Reichswehrminister: Noske,
- Reichsernährungsminister: Schmidt,
- Reichsjustizminister: bleibt offen.

Notiz: Unter den Ministern befindet sich ein Bayer und ein Württemberger.

Die neuen Männer.

Eigene Drahtmeldung der 'Freiheit'.

Weimar, 21. Juni.

Die Komödie der Irrungen ist für eine Weile zu Ende. In jeder Stunde gab es ein neues Bild. Unter großen Mühen, mit Mühe und Angst hat sich schließlich zwischen 2 und 3 Uhr nachmittags ein Ministerium gebildet, das nur aus Rechtssozialisten und Zentrumsmitgliedern besteht. Das Zentrum hat in schlauer Berechnung den Rechtssozialisten jeden Platz eingeräumt und sich selbst mit deren begnügt. Es ist kein Zweifel, daß die Hochministerien zu dem Zweck eingerichtet sind, die Friedensentscheidung zu überlassen. Der durchsichtige Zweck dieses Manövers ist, nach außen hin für die Friedensentscheidung den Rechtssozialisten das größere Maß der Verantwortung zuzuschreiben und sich eine Brücke zu den bürgerlichen Parteien offenzubehalten. Schon jetzt sind Anzeichen dafür vorhanden, daß die Absicht besteht, einen Zusammenstoß mit sämtlichen bürgerlichen Parteien herbeizuführen, wenn nicht die revolutionäre Arbeiterschaft durch diese Rechnung einen Strich macht.

Herrmann Müller wird als Außenminister nicht so unangenehm bei den Ententevölkern auffallen, wie etwa Bernstorff, der zunächst als Kandidat der Demokratie für diesen Posten in Aussicht genommen war. Die Genossen in diesen Ententeländern werden freilich nach der Rolle, die Müller Anfang August 1914 in Frankreich spielte, nicht gerade eine Paraphrase für gute internationale Beziehungen erblicken, um so weniger, als auch die Letzten in der letzten Zeit die schwersten Anaristie gegen ihn gerichtet haben.

Wo Herr Bauer die Verantwortungen für den Vorkriegsministerpräsidenten verleiht, werden die Arbeiter, die ihn auskennen, schwer beargwöhnen.

Auch Herr Schilde, der beim Arbeitsamtsrat eine wenig rühmliche Rolle spielte, wird als Arbeitsminister dem Proletariat nicht gerade willkommen sein. Vom Punkte in letzter Stunde Sinheimer werden, weil die Fraktion in ihrer Mehrheit auch diesen Posten mit einem Gewerkschaftsbeamten besetzen wollte. Da die Gewerkschaftsbeamten für die Durchhaltepolitik im Arieas stets einacreten sind, so wird durch die Wahl Schildes im Ausland wieder die Ansicht bestärkt werden, daß es sich nicht um einen neuen Kurs handele.

Den stärksten Einfluß im neuen Kabinett wird sicherlich Herr Erzberger ausüben, der in allen Schritten der Politik bewandert ist.

Schon jetzt kann mit Sicherheit gesagt werden, daß dieses Ministerium, wie auch immer die Entwicklung sich vollziehen mag, nicht von langer Dauer sein kann.

Die Aaleber.

Eigene Drahtmeldung der 'Freiheit'.

Weimar, 21. Juni.

Minister Giesberts, der in Versailles mit allen anderen Delegierten zusammen, sich gegen die Unterzeichnung erklärt hat, der im Ministerium auch dagegen gestimmt und den Eintritt des Kabinetts mitverantwortlich hatte, hat es mit seiner Würde für vereinbar gehalten, ins neue Ministerium Bauer einzutreten, das zu dem Zweck gebildet worden ist, den Friedensvertrag anzunehmen. Das Justizministerium ist noch nicht besetzt, man hört in gut unterrichteten Kreisen davon, daß der Platz für einen zweiten entschiedenen Reinsager, für Dr. Landberg, offengehalten werde, der seine Fraktion für die Ablehnung des Friedens zu gewinnen sich bemüht. Es würde in der Tat ein gleichendes Beispiel der politischen Moral sein, wenn auch Herr Landberg nach einigen Tagen in ein Ministerium eintritt, das vor allem für die Unterzeichnung des Friedens gebildet wurde.

Das Kabinett wird unterzeichnen.

Das Ersuchen um Fristverlängerung.

Wie die P. P. R. mitteilen, wird sich das Kabinett Sonntag nachmittag um 3 Uhr der Nationalversammlung vorstellen und seinen Entschluß erklären, den Friedensvertrag zu unterzeichnen. Diese Entschließung wird auch den alliierten und assoziierten Mächten gleichzeitig mit dem Ersuchen übermittelt, den Termin für die Unterzeichnung hinauszuschieben. Das ist notwendig, weil, gleichgültig von wem die Unterzeichnung erfolgt, ob von einer besonderen Abordnung oder von dem Beamten des Auswärtigen Amtes in Versailles, neue Vollmachten notwendig sind. Ueber den Modus der Unterzeichnung ist sich das Kabinett noch nicht schlüssig geworden.

Fristverlängerung nur bei Unterzeichnung.

Verailles, 21. Juni.

„Chicago Tribune“ meldet, heute nacht sei in Paris eine geheime Meldung eingetroffen, daß Deutschland den Vertrag unterzeichnen werde. Das Blatt erklärt aus bester Quelle, daß Clemenceau, Lloyd George und Wilson keine Fristverlängerung auch nur um eine Minute gewähren wollen, außer wenn Deutschland das Versprechen abgibt, daß der Vertrag unterzeichnet wird. Eine Woche ist die äußerste Grenze für die Fristverlängerung, da sowohl Wilson wie Lloyd George Paris schnellstens zu verlassen wünschen. Man glaubt, daß Deutschland morgen um eine Fristverlängerung nachkommen wird mit der Begründung, daß die neue Regierung in Bildung begriffen ist. Dieser Antrag wird von den Alliierten nicht abgelehnt werden können, wenn Deutschland offiziell oder inoffiziell seine Absicht kundgibt, zu unterzeichnen. Wird dabei eine solche Versicherung nicht gegeben, so werden englische, französische und amerikanische Truppen Dienstag bei Tagesanbruch ihren Vormarsch beginnen.

„New York Herald“ bestätigt diese Angaben der „Chicago Tribune“ und meint, daß die Unterzeichnung auf jeden Fall nur eine Frage von Tagen sei. In Versailles würden die Vorbereitungen für die Zeremonie eilig zu Ende geführt.

Die Mehrheit für den Frieden.

Eigene Drahtmeldung der 'Freiheit'.

Weimar, 21. Juni.

Nach dem letzten Stand der Dinge ergibt sich eine zweifelhafte Majorität für die Unterzeichnung des Friedensvertrages; sie setzt sich zusammen aus den Unabhängigen Sozialdemokraten, aus den Rechtssozialisten und dem weitaus größten Teil des Zentrums, sowie einem Teil der Ungeordneten der demokratischen Fraktion, die sich dem Druck der Verhältnisse nicht entziehen wollen und auf dem Standpunkt stehen, daß die Annahme der Friedensbedingungen das Beste sei.

Der Lösung zu.

Der Wirrwarr in Weimar ist endlich — viel zu spät — beendet. Die Regierung, die für die Unterzeichnung eintritt, ist gebildet worden. Heute, am Sonntag, tritt wahrscheinlich die Nationalversammlung zusammen, und es ist nicht daran zu zweifeln, daß der Beschluß für die Unterzeichnung des Friedens zustande kommt.

Allerdings scheint auch das neue Ministerium noch nach der Möglichkeit auszuspähen, irgend welche Vorbehalte zu machen und namentlich gegen die sogenannten Ehrenpunkte, also gegen die Anerkennung der Schuld am Kriege und gegen die von der Entente verlangte Auslieferung derer, die am Ausbruch des Krieges und an den einzelnen Kriegsverbrechen besonders beteiligt waren, Einspruch erheben zu wollen. Wir meinen allerdings, daß eine ganze Reihe anderer Bestimmungen dieses Friedensvertrages von viel größerer und unheilvollerer Bedeutung für das deutsche Volk sind, und halten es für einen Ausfluß der alteingewurzelten dekorativen Stimmungspolitik, wenn gerade diese Punkte heraufgehoben werden sollen. Viel richtiger wäre es natürlich, gegen jene Bestimmungen, die das Selbstbestimmungsrecht des deutschen Volkes verletzen und seine ökonomische Existenz gefährden, Protest einzulegen.

Aber in diesem Augenblick ist das nicht die wichtigste Frage. Mit allem Nachdruck muß nur gefordert werden, daß die Annahme des Friedensvertrages selbst in einer Form erfolgt, die unter keinen Umständen von der Entente als Ablehnung ausgelegt werden kann.

Ueber die Zusammensetzung der neuen Regierung wollen wir im gegenwärtigen Zeitpunkt nicht viel sagen. Es genügt, zu bemerken, daß der Ministerpräsident Bauer und die meisten anderen der rechtssozialistischen Regierungsmitglieder der äußersten Rechten ihrer Partei angehören, und daß Herr Noske geblieben ist.

Demokraten gehören dem neuen Ministerium nicht an. Die Tatsache wäre an sich erfreulich, da die demokratische Fraktion bisher stets Vertreter der reinsten kapitalistischen Interessen zu Ministern gemacht hatte. Namentlich daß Herr Debus, der Erfinder der Reichsarbeitsstunden, vom Schupplatz verschwindet, ist erfreulich. Aber das Verschwinden der Demokraten dürfte nur vorübergehend sein. Wenn die Stunde der Gefahr, politische Verantwortung zu tragen, vorbei ist, werden die Herren sich schon wieder einfänden. In Wahrheit ist gerade das Verhalten der demokratischen Fraktion das erbärmlichste gewesen. Trotzdem sie sehen mußte, daß die Politik der heroischen Geste, die sie vor allem vertreten hatte, die reine Unmöglichkeit geworden war, hatte sie nicht soviel Verantwortlichkeitsgefühl, eingesehen, daß ihre Politik gescheitert war; sie hat im Gegenteil alles getan, um das politische Chaos der letzten Tage herbeizuführen zu helfen.

Im übrigen haben wir den Eindruck, daß dieses Ministerium in seiner gegenwärtigen Zusammensetzung nicht etwas Definitives darstellt und wohl nach kurzer Zeit rekonstruiert werden wird.

Heute aber stehen wichtigere Dinge im Vordergrund. Der Abschluß des Friedens dürfte zwar gesichert sein, aber es will Keinen, daß die Gegenrevolution diesen Moment gern zu einer Aktion ausnützen möchte. Mit allen Mitteln suchen die nationalsozialistischen Parteien die Erregung zu schüren, und die alldeutschen Organe fordern in laun mehr verhüllten Worten zu gewalttätigem Vorgehen auf. Daneben geht eine beständige Agitation durch anonyme Flugblätter einher, die zur Erzeugung einer Pogromstimmung dienen soll. Man sucht die antisemitischen Völkchen zu wedeln, man sucht mit allen Mitteln nationalsozialistischer Verhetzung die Bevölkerung zu gewalttätigem Vorgehen herbeizuführen. Es sollen Anschläge provoziert werden, und im nächsten Augenblick wird die Volksherrschaft wieder aufzurichten. Man ersieht, daß die Lage im Osten zu beurteilen ist, wenn ein unbedingtes Angebot, wenn sich die Demokraten

des Nichts wert zu überlassen. Wir wollen die Liebe und den Frieden nicht nur über sich selbst, sondern über ganz Deutschland herausbrächten. Wir wollen hoffen, daß die ganz unvernünftliche Agitation, die im Osten einen gesamtdeutschen Widerstand organisieren will, ohne Erfolg bleiben wird. Wir, die wir von Anfang an für die deutsche Einheit und für das nationale Selbstbestimmungsrecht unseres Volkes eingetreten sind, begreifen durchaus die blässen Gefühle, die durch den Gewaltfrieden von Deutschland losgerissen werden. Aber wir sind überzeugt, daß mit Willen der Gewalt davon nichts zu ändern ist. Nicht durch gewalttätigen Widerstand, sondern nur durch standhaftes Ausbleiben kann für die Zukunft geholt werden, was in der Gegenwart verloren ist.

So bleibt die Situation, auch wenn der Friede unterzeichnet sein wird, sehr ernst. Von rechts droht eine große Gefahr. Aber wir wissen, daß dem reaktionären Beginn eine Fortsetzung folgen würde, die anders ausfallen würde, als die Urheber annehmen. Jeder reaktionäre Versuch würde sofort die ganze Arbeiterklasse Deutschlands einig zur Abwehr finden und die im revolutionären Lager dann rasche Arbeiterkräfte würde nach der Entscheidungsfähigkeit es vorziehen, den Sieg so zu sichern, daß er ihr nicht wieder entzogen werden kann.

Die Tagung der Nationalversammlung.

Deutscher Entschluß über Friedensfrage.

Weimar, 21. Juni.

Der Friedensentschluß der Nationalversammlung wird heute Abend eine Sitzung abhalten. Das Plenum der Nationalversammlung tritt morgen, Sonntag um 12 Uhr, zu einer Sitzung zusammen, um zu der Friedensfrage Stellung zu nehmen.

Nach den bisherigen Plänen wird die Nationalversammlung bis zum Freitag, den 27. Juni, zusammenbleiben, um die Verfassungsvorlage und kleinere Vorlagen zu erledigen. Dann soll eine Pause bis zum Dienstag, den 1. Juli, eintreten. Man hofft, die erste Lesung der Steuer Gesetze und andere Vorlagen bis zum 15. Juli erledigen zu können. Die Ausschussberatungen über die Steuer Vorlagen werden dann voraussichtlich in Berlin stattfinden.

Sitzung des Friedensausschusses.

Weimar, 21. Juni.

Die um 6 Uhr anberaumte stark besuchte Sitzung des Friedensausschusses der Nationalversammlung, an der auch Mitglieder des Staatsausschusses teilnahmen, wurde nach dreiviertelstündiger Dauer abgebrochen. Nach Bekanntgabe von Telegrammen für und gegen die Annahme des Friedensvertrages, darunter ein Telegramm der Berliner Staatsrechtler für bedingte Annahme, teilte Reichsminister Erzberger im Auftrag des Ministerpräsidenten Bauer die Ministerliste mit. Auf Anfrage erklärte sowohl Reichsminister Müller wie Reichsminister Erzberger die Bereitwilligkeit, heute Abend den Mitgliedern des Friedensausschusses vertrauliche Mitteilungen über die allgemeine Lage zu machen. Die Sitzung findet im Schloß statt.

Eine Erklärung der sozialdemokratischen Reichstages.

15 Abgeordnete für Ablehnung.

Weimar, 21. Juni.

Die unterzeichneten Mitglieder der sozialdemokratischen Fraktion der Nationalversammlung haben folgende Erklärung abgegeben:

Die unterzeichneten Mitglieder der sozialdemokratischen Fraktion der verfassunggebenden Nationalversammlung sind, wie die Gesamtheit der Fraktion überzeugt, daß die Annahme des von der Entente angebotenen Gewaltfriedens dem Wohle des Reiches und der deutschen Arbeiterklasse sowie dem Weltfrieden schädlich ist. — Wir lehnen für Ablehnung des sogenannten Friedensvertrages, um unsere Gegner, falls sie auf der Durchsetzung der Bedingungen bestehen, in die Ratlosigkeit zu versetzen, ihn selbst durchzuführen und sich dadurch am Werktagen von der moralischen und materiellen Unmöglichkeit der von uns geforderten Friedensbedingungen zu überzeugen. — Wir lehnen deshalb die Zustimmung zu diesem Frieden ab. — Wir wollen jedoch in Würdigung der Motive, die für den Beschluß der Mehrheit maßgebend sind, und im Interesse der Ausbreitung der Einheit der Partei davon absehen in der Nationalversammlung abzuweichen von der Position zu nehmen.

Gen. Wolfgang Heinz, Max Quast, Wolf Braun, Georg Schyllin, Georg Anton, Antonius Wiesel, Clara Bachmann, Hans Beggel, Carl, Ed. Wolff, Hoffmann (Pfla), Richard Wehler, Ed. Thiele, W. Rogge, Otto Landwehr.

Das ausgezeichnete Zeichen.

Die französischen Sozialisten über Scheidemanns Rücktritt.

Paris, 21. Juni.

„Journal de France“ hat den Rücktritt Scheidemanns für ein ausgezeichnetes Zeichen. Deutschland werde unterzeichnen. Die Hauptsache sei, daß der Friede endlich verwirklicht werde, damit der justiziable Druck, welcher auf der Welt lastet, ein Ende finde und damit Europa von seinen schweren Wunden endlich genesen könne. Dann werde man auch Maßnahmen ergreifen können, damit neues Nordens unendlich gemacht werde. Scheidemanns Rücktritt zeige den Willen Deutschlands, künftig nur ein Nachbar zu sein und nicht mehr nach der Herrschaft über andere Völker zu streben.

„Journal“ schreibt in der „Bataille“: Hauptsächlich, auch in Deutschland, befindet sich jetzt der einmütige Wille, dem Weltkrieg ein Ende zu setzen. Bewußt ist der Friedensvertrag nur ein Mittel, welches schnell verwirklicht werden muß, doch bedeutet er für die Arbeiterklasse die Möglichkeit in besseren Verhältnissen, worin sie die Möglichkeit für eine größere Aktion im Hinblick auf die allgemeinen Interessen finden wird. Aus dieser Aktion, welche zu

nachdringlichen internationalen und internationalen Einigungen führen muß, wird die internationale Arbeiterklasse Ruhe finden. Zum Schluß sei noch Hervorhebung geäußert. Er schreibt: Wenn Kasse zeichnet, dann reitet er die nationale Einheit Deutschlands, welcher kein französischer Republikaner jemals Abbruch tun wollte. Gleichzeitig reitet er die junge deutsche Republik, welche wahrscheinlich sozialistische Ansätze, die die Wiederherstellung der Modade verursachen würden, nicht überleben würde und welche morgen eine der besten Möglichkeiten des Weltfriedens sein wird. Mein Gegenüber Scheidemann, welcher sich weigert, einen so milden Frieden wie den Versailles Frieden zu unterzeichnen, ist offensichtlich ein Einfallspinsel.

Stampfers Mittel.

Berlin, 21. Juni.

W. L. A. meldet: Der bisherige Chefredakteur des „Vorwärts“, Herr Friedrich Stampfer, ist zurückgetreten. Wie wir hören, ist der Rücktritt in der ganzen außerparlamentarischen politischen Situation begründet.

Da der Vorzug fiel, mußte der Markel nach. Herr Scheidemann ist gegangen, Stampfer ist ihm gefolgt. Man weiß nicht recht, wen von diesen beiden man den Schlichter, wen den Geschobenen nennen soll. Stampfer ist zweifellos ein geschickter Journalist, aber auch nicht viel mehr. Er schreibt über tausend und andere Typen; aber auf seinem Gebiete besitzt er größere Sachkenntnis. Er ist der typische Wiener Journalist, der mit schönen Worten zu jeder Zeit und über jedes Ding einen Leitartikel oder ein Heftchen, je nachdem die Konjunktur es erfordert, schreiben kann.

Die Betriebsamkeit Stampfers, besonders in den letzten Jahren, war geradezu herzerregend. Er hat nicht nur auf den Chefredakteurposten des „Vorwärts“ geklimmelt, sondern daneben noch täglich erscheinende Korrespondenz für die rechtssozialistische Provinzpresse unterhalten, die man ehemals als Meinungsfabrik kennzeichnete. Als sein Freund Scheidemann zu den höchsten Würden des Reiches aufstieg, da avancierte Stampfer außerdem noch zu dessen Einbläser und zugleich Hauptstoffschrift. Man wird zugeben müssen, daß diese Tätigkeit außerordentlich umfassend war, aber sie hat den Wert der Stampferischen Erzeugnisse keineswegs verbessert.

Schließlich ist Stampfer ebenso wie Freund Scheidemann an dem Uebermaß der Geschäftigkeit, die weder von eigenen Gedanken, noch von schöpferischen Ideen erfüllt war, gescheitert. Er hatte sich so in die Reinkagepolitik verannt, daß es kein Zurück mehr für ihn gab. Nachdem ihn seine Kollegen im „Vorwärts“ vor einigen Tagen öffentlich bloßgestellt hatten, war es eine Selbstverständlichkeit, daß Herr Stampfer seinen Posten als Chefredakteur des Blattes liquidierte.

Ein Bursche mit reinem Gewissen.

Zu den Leuten, die auf dem Trümmerfeld ihrer Hoffnungen sitzen, gehört Herr Ernst Heilmann, der Herausgeber der Sozialistischen Korrespondenz. Tag um Tag schimpft er jetzt auf die, die seine verbredliche Kriegspolitik nicht mitgemacht haben; seine besten Freunde schreit er an, weil sie nach seiner Meinung das deutsche Volk noch nicht genug belogen und betrogen haben. So schreibt er gestern über Theodor Wolff und Friedrich Stampfer, die ihm bisher politisch am nächsten standen:

„Nach die bisher in der Presse der Mehrheit am entscheidendsten für Ablehnung eingetreten sind, auch Friedrich Stampfer und Th. Wolff haben jetzt einlenken müssen. Widerstand wäre nur möglich gewesen, wenn das ganze deutsche Volk ihn einmütig geleitet hätte. Diese Einmütigkeit war nicht eifern zu erzielen, und deshalb erklärt auch Stampfer jetzt, daß die moralische Katastrophe der Unterschrift unvermeidlich geworden sei, und Theodor Wolff meldet dem „W. L. A.“ aus Weimar, man könne keine starke Politik machen, man könne überhaupt keine Politik machen, wenn man den Gegnern so sehr die eigene Schwäche entbehrt. Das ist leider sehr wahr und die schmerzliche Kritik der Kriegspolitik, die Stampfer und Theodor Wolff vor der Revolution gemacht haben, die leider nur allzu sehr bei unsere Schwäche entbehrt. Wie kann ein Volk heroisch denken und handeln, dem man jahrelang als Feindland angesprochen hat. Wer alle diese erschauenden Betrachtungen haben heute keinen Zweck mehr. Der Krieg hat nicht nur mit Deutschlands vollständiger Niederlage, sondern auch mit seiner willenlosen Unterwerfung geendet. Es ist alles vorbei.“

Was ist der Sinn dieser Ausführungen? Das deutsche Volk hätte von neuem in einen Krieg hineingezogen werden müssen, man hätte die nationalpolitischen Instanzen aufzuheben, den Behauptung des bewaffneten Widerstands organisieren sollen. Und weil das nicht geschehen ist, sieht Heilmann die deutsche Zukunft in ganz trübem Lichte: Die Rechtssozialisten werden ihre Anhänger vollständig verlieren, die unabhängige Sozialdemokratie werde das Reichsruhr in die Hand nehmen, aber dahinter würden die Kommunisten kommen und das Ende sei das Chaos, die Anarchie. Die unabhängige Sozialdemokratie sei der Judas, der Deutschland verraten hätte, die Rechtssozialisten aber könnten mit reinem Gewissen sagen, daß sie seien an diesem Anstand keine Schuld tragen.

Sehen wir uns das reine Gewissen dieses Burschen einmal genauer an: Heilmann hat von Anfang an die Kriegspolitik der deutschen Regierung, deren Folge das jetzige Elend ist, mit hingebendem Eifer unterstützt und sich den deutschen Militärs an den Hals geworfen. Am 12. September 1914 lag er in seiner „Heimlicher Volkshölle“ folgendermaßen:

„Wie ist ein so großer Verräterspiel geübt worden als der, den gegenwärtig das deutsche Volk unter ungeheuren Opfern zu bestehen im Begriff ist.“

Einige Wochen später hat er die sozialdemokratische Presse belacht, daß sie alles kritikal hinnehme müsse, was ihr die Regierung und die Junker vorkäme. Der Bürgerkrieg müsse gemacht, der Völkische der Junker der Rücken gebührend eingehalten werden. Die barbarische Ausgestaltung der deutschen Verrohung, die in der ganzen Welt gesehen hervorrief, beurteilte er so:

„Im allgemeinen haben wir zu unserer Heerführung unbedingtes und ungenügendes Vertrauen, daß sie jede überflüssige Genauigkeit vermeidet und sich auf das fürchterliche Maß der Verführung beschränkt, das dem Kriegsgewalt entspricht.“

Die Rechnung für dieses unbedingte und ungenügendes Vertrauen hat jetzt das deutsche Volk zu bezahlen. Die verurteilten Gebiete von Belgien und Nordfrankreich sind verloren für die Art der deutschen Kriegführung. Das Vertrauen Heilmanns ging so weit, daß er begeistert antwortete: „Ich gehe zu Ginzburg!“ Und als er sah, — notgedrungen notwendig, denn schließlich hat sich Herr Heilmann zur

Verurteilung des Weltkrieges durch seine Nachbarn mit gemeldet — im Soldatenrock besetzt, da schickte er seinem Blatz einen Selbstbrief, worin es hieß:

„Und einmal alle schrecklichen Dinge geschlagen, dann sollen es unsere Feinde haben, daß sie Deutschland überfallen haben. Das Vordringen eines Feindes auszuhalten, das sie und an die Gurgel bringen können, so oft sie wollen, ohne beschließen zu müssen, daß sie dabei etwas verlieren, wäre nicht mehr Politik, sondern schmerzlicher Wahnsinn. Wir haben im Gegenfall schon jetzt unseren Feinden zu sagen, daß sie Spiel verloren ist, und daß jeder Tag länger, den sie überlebt, eher sie es aufgeben, sie teurer zu haben kommen wird. Nur durch diese feste Dämpfung können wir die Wiederherstellung des Friedens befähigen, daß wir von der Gewalttätigkeit und Unberechenbarkeit unserer Feinde unabhängig werden können.“

Herr Heilmann lehnte bald wieder nach Worms zu gehen, und nun machte er seine „letzte Durchsicht“ wahr. Es gibt kein Zweifel, daß er nicht geliebt, seinen Vermögensverhältnissen, den er nicht geliebt hätte. Er hat dem ukrainischen Friedensvertrag von West-Ostwest nicht zugestimmt, er hat auch die Gewaltverträge mit den Russen und Rumänen geschloffen und seine Parteigenossen getadelt, daß sie sich der Stimme enthalten hatten. So sieht das reine Gewissen dieses Burschen aus. Mit einem Blick wird man erst jener Menschlichkeit gedenken, wenn der Tag der Abrechnung gekommen ist.

Wirkung der brennendwichtigen Regierung.

Die Mehrheit des Landtags in Braunschweig wählte die Politik des rechtssozialistischen ersten Volksbeauftragten Dr. Zappert und stellte ihm ein Vertrauensvotum aus, wodurch die Unabhängigen den sofortigen Rücktritt Dr. Zapperts verlangten. Bei Stimmabgabe der rechtssozialistischen Abgeordneten wurde daraufhin durch die beiden Abgeordneten Fraktionen ein Gegenantrag des demokratischen Abgeordneten Hosenburg angenommen, der den beiden unabhängigen Mitgliedern das Vertrauen entzog und ihren sofortigen Rücktritt forderte. In einer Abstimmungsabstimmung haben die beiden unabhängigen Volkskommissionen dann ihren Austritt aus der Regierung vollzogen.

Nach dem Rücktritt der Unabhängigen haben alle Mitglieder des Kabinetts ihre Ämter niedergelegt. Sie führen die Geschäfte bis nächsten Dienstag weiter.

Wie das „W. L.“ erfährt, sollen die unabhängigen Mitglieder der Regierung durch je einen bürgerlichen und rechtssozialistischen Landtagsabgeordneten ersetzt werden, da auch die Rechtssozialisten von einem ferneren Zusammenarbeiten mit den Unabhängigen in der Regierung nichts mehr wissen wollen.

Schwere Ausschreitungen in Mannheim.

Mannheim, 21. Juni.

Schwere Ausschreitungen sind heute hier vorgekommen. Angeblich um die Lebensmittelpreise herabzubringen, wurden Kolonialwarenläden und Konfektionsgeschäfte geplündert und in Privathäusern Sprengungen verübt. Der Versuch, in die Kaserne des Freiwilligenbataillon einzudringen, wehrten Soldaten mit Handgranaten ab; dadurch sind etwa zwanzig Personen, meist Requirierte, zum Teil schwer verletzt worden. Bis gegen Abend sind etwa 200 Personen verhaftet, deren Befreiung durch Menge verweigert. Theateraufführungen, Konzerte und Ähnliches sind abgebrochen. Sämtliche Wirtschaften müssen um 10 Uhr geschlossen sein. Die beiden sozialistischen Parteien haben ihre Vertrauensmänner sofort einbezogen zum Sicherheitsdienst. Zur Zeit wird in verschiedenen Stadtgebieten noch geschossen.

Das Justizneurot von Oberpfälzen.

Wir hatten in unserer gestrigen Morgenansprache eine Meldung der Telegraphen-Union übergeben, wonach vor dem Weimarer Schlichtungsrat drei Personen, darunter auch der Reichstagsabgeordnete der Unabhängigen Partei in Oberpfälzen, zu außerordentlich harten Justizstrafen verurteilt worden sind. Wie uns von unterrichteter Stelle dazu mitgeteilt wird, hat Genosse Seitz, der ehemalige Bezirksleiter der U. L. F. in Oberpfälzen, mit diesem Prozeß nichts zu tun. Es kann sich nur um eine Verwechslung handeln.

Erhöhung der Schlachtviehpreise.

Vom Reichsernährungsministerium wird bekanntgegeben:

Auf die niedrigen Schlachtviehpreise, die für die Landwirtschaft unrentabel waren, wird zum guten Teil die mangelhafte Schlachtviehlieferung der letzten Monate zurückzuführen. In einer Vermehrung des Schlachtviehbestandes hätte die Landwirtschaft kein Interesse, und der Anreiz der hohen Schlachtviehpreise ist ein Anreiz, die wirtschaftliche Wiedereingliederung der Landwirtschaft zu verhindern, daß die Viehherdenung der Verbesserung in ernster Weise gefördert wurde. Zur Zeit ist die Viehherdenung völlig ungenügend geworden.

Es sei nicht zu verkennen, daß die bisherigen Schlachtviehpreise den billigen Ansprüchen der Erzeuger nicht mehr genügt wurden. Daher hat das Reichsernährungsministerium am 17. Juni die Schlachtviehpreise für Rindvieh mit sofortiger Wirkung in folgender Weise erhöht:

Für Schlachtviehklasse A: 100 M. für den Zentner ab Schl. für Schlachtviehklasse B: 110 M. für den Zentner ab Schl. für Schlachtviehklasse C: 80 M. für den Zentner ab Schl.

Im Verbindung mit dieser Preissteigerung ist eine Regelung der Preise für die hauptsächlichsten Aufzuchtgebieten in Kraft gesetzt worden.

Wenn die Schlachtviehpreise jetzt eine Erhöhung erfahren, durch die die Viehhaltung sich lohnen gestaltet, so wird die Landwirtschaft hoffentlich alles daran setzen, die Versorgung der Bevölkerung mit der an sich knapp bemessenen Fleischmenge zu ermöglichen.

Man wird erwarten können, ob sich diese Hoffnung des Reichsernährungsamtes erfüllt. Aber auf jeden Fall bedeutet diese Erhöhung der Viehpreise eine weitere Verteuerung der Lebenshaltung der Massen, die gerade bei den jetzigen Verhältnissen sehr bedenklich ist.

Der Kampf um den Nachkriegsfrieden besteht in der neuen Offenbarung der Deutschen für den Weltkrieg. Die ersten beiden vollständigen Teile des amtlichen Berichtes über die Friedensverhandlungen in Versailles von der ersten Einladung der Delegierten bis zur Unterzeichnung der deutschen Gegenseitigen 800 Seiten lange Buch, das im Verlag von Carl Schöninghmann-Berlin erschienen ist, kostet 8 Mark.

Gegenrevolutionäre Bestrebungen.

Es unterliegt gar keinem Zweifel, daß in den reaktionären gegenrevolutionären Kreisen mit dem Gedanken gespielt wird, die Stunde zu nützen und einen Aufstand zu versuchen. Die rechtsstehende Presse wendet sich durch ihre Leitartikel, sowie durch ihre Artikel zum Widerstand gegen den „Schwarzen Frieden“ auf. Die reaktionäre Presse wird in Massen verbreitet, um die nötige Stimmung für einen Aufstand oder auch nur für einen Aufbruch zu schaffen. Wir wissen auf das Bestimmteste, daß die Berliner Truppenteile die Absicht haben, sich zu verweigern und einen Krieg auf eigene Faust gegen die Polen, gegen die Entente, gegen den russischen Feind und wer weiß noch gegen wen zu unternehmen. Offiziell wird behauptet, daß diese Stimmungsarbeiten von den höheren Truppenführern ausgehen. So behauptet man aus Weimar, daß dort die Generale Günther, von Rittwitz, Ullrich, von der Osten, ferner Oberst von Krosigk anwesend seien und mit Rössle und dem Kriegskommissar Meinhart die Lage besprochen hätten. Die Nachricht dieser Herrschaften über die Unterwerfung des Reiches ist ausgetreten, nur die Diktatur habe sich in einem Schreiben gegen die Unterwerfung ausgesprochen. Wenn man diese Generale sich offiziell auch mit der neuen Regierung solidarisch erklären lassen, so will das doch nicht bedeuten, daß sie einen konterrevolutionären Versuch machen würden. Die Parteien werden in solchen Fällen doch nicht vorher aufgedeckt. Die Nachricht ist es notwendig, daß es ist, daß insbesondere die Arbeiterklasse auf der Hut ist und jeden Versuch, die alten Machthaber wieder an die Spitze zu bringen, mit Entschlossenheit niederzuschlagen.

Mit solchen Mitteln die Reaktion arbeitet, dafür sind die Mittel. Eine Vereinigung für soziale Aufklärung, hinter der vermutlich ein großes Ansehen steht, ist als Aufruf verbreitet. Es heißt darin: Eine Minderheit von Remyen und Verrätern wird die Verhöhnung der Verfassung, welche die Mehrheit des Volkes sich selbst gegeben hat, das ganze deutsche Volk zu erschließen und zu verführen. Indem sie, ohne die Mehrheit des Volkes hinter sich zu haben, den von dem kapitalistischen Imperialisismus diktierten Schmach und Gewalt unterzeichnen. Der Vertrag bringt 12 Millionen Deutsche unter ein fremdes Joch. Der Osten wird sich das nicht lassen. Er wird abhauen, und so ist es gleichfalls klar, daß das Reich zerfällt, gerade wenn unterzeichnet wird. Wollt ihr das Reich vernichten helfen? Wollt ihr verhungern? Wollt ihr die Sklaven sein für ewige Zeiten? Niemals!

Reaktionäre Töne schallt der Leiter der „Deutschen Zeitung“, Herr Reinhold Wulle, in seinem Vortrage an:

Der Osten wartet ein tapferes Volk auf die Entscheidung. Dort steht der Bauer und der Arbeiter mit gespannter Blicke Wache vor den Bankenkassernen seiner Heimat. Todsünde ist die Stimmung, die man alle, daß über die Schicksale der Entscheidung wird. Aber sie werden mehr als die Mehrheit der sogenannten Nationalvereinsmitglieder, die fern vom Schutze in ihren Knechten verrotten. Sie haben sich nicht die gleichen Worte der Regierung Schulden gemacht, man werde das Osten nicht preisgeben. Sie haben sich dabei beruhigt, und sie haben gut daran getan. Nun steht die Entscheidung. Und wie glauben, daß im Osten ein deutsches Volk seine Ehre und sein Leben retten wird. Ganz unbekümmert, was da kommt, wissen unsere Kriegermänner, daß für sie die Zeit des Kampfes vorbei ist. Sie wollen handeln und sie werden handeln. Aber nicht ihnen aus Preußen, Deutschland oder Ostpreußen über die Wälder und Gänge hinweg die Hände reichen und sagen, daß, wenn irgend etwas ein Schicksal ist in dieser Angelegenheit, der nationale Geist des Ostens für uns dieser Richtung geworden ist. Wie glauben, daß das eintritt, von dem wir hier gesprochen haben, daß aus dem Osten das Licht kommt, das ganze geliebte deutsche Vaterland, und daß die Tage der Verzweiflung und der Verräter vorbei sind.

In einem Aufruf des „Deutschen Offiziersverbandes“ werden alle Deutschen aufgefordert, die Unterwerfung des Reiches und der Wehrmacht abzulehnen. Der Aufruf werde sie zu kämpfen wissen und sich geschlossen vor sie stellen. Die „Berliner Volkszeitung“ sagt mit berechtigtem Stolz von diesen Leuten, die jetzt von den deutschen Soldaten geschützt werden sollen:

... nicht einer von ihnen ist aufgestanden und hat angeboten, er wolle sich freiwillig für sein Volk opfern. Auch vom Kaiser, der Millionen und wieder Millionen in die Schlacht geschickt hat und der immer wieder das ganze Volk zu Opfern gezwungen hat, hat man nichts Berichtigendes gesagt. In Salok von den Wehrmännern lebt er, als sei nichts geschehen, das friedliche Leben wäre es gewesen, wenn dieser Mann, der so oft auf dem heroischen Vorbild der Geschichte hinweist, einen solchen Schritt für sein Volk freiwillig getan hätte. Nicht er und nicht die anderen. Da aber er nicht die Pflicht des nun fünf Jahre lang regierenden Volkes, seine um Treue, aber beide Teile müssen gehalten. Jene haben sie nicht gehalten. Das ist freilich.

Auch die „Kreuzzeitung“ darf nicht fehlen, wenn sie um die Förderung reaktionärer Bestrebungen handelt. Sie sagt, wenn Regierung und Nationalversammlung die Bewegung im Stiche lassen würden, dann würde das die aufstrebende Bewegung zur Bildung eines selbständigen Reiches wesentlich fördern. Ganz abgesehen davon, daß diese indirekte Aufforderung zur Unterwerfung, von dem Reich nach der Auffassung der „Kreuzzeitung“ einen Verrat bedeutet, so braucht man nicht zu befürchten, daß die Bestrebungen der Regierung und Nationalversammlung nicht finden werden. Die Arbeiterklasse der Ostpreußen hat erklärt, daß sie beim Reiche bleiben und keinen Krieg mitmachen will; die Bourgeoisie, vor allem aber die im Osten dominierenden Agrarier, werden sich noch sehr überlegen, ob sie die Unterwerfung ernsthaft annehmen wollen; der Osten ist vorwiegend Agrarland, er liefert keine Produkte zum großen Teil in den industriellen Gegenden des übrigen Deutschlands ab. Und da das Wehrvolk die Bourgeoisie die Souveräne ist, so wird sie viel-

leicht einige Zeitlang über den „Schwarzen Frieden“ schweifen, schließlich aber doch die Bestrebungen der bormehrsten Nationalisten nicht mitmachen.

Vorbereitungen.

Wie die Offiziere für sich sorgen.

Wir erhalten folgende Mitteilung:
Die Offiziere und höheren Angestellten der Feldzeugmeisterei haben am Sonnabend ihr Gehalt für drei Monate, niedere Kategorien ihr Gehalt für zwei Monate im voraus ausgezahlt erhalten für den Fall, daß politische Umwälzungen eintreten sollten, die die pünktliche Zahlung des Gehalts verhindern oder gar die Auflösung der militärischen Behörde veranlassen könnten. Nur die in der Feldzeugmeisterei beschäftigten Arbeiter, wie z. B. Altenbesten, Boten, Kutschangehilfen, Kontrolleure, Portiers, Wächter usw. haben nichts bekommen. Unter den Angestellten, die von der Besatzung des Gehalts ausgeschlossen geblieben sind, befinden sich zahlreiche Kriegsbefähigte.

Die Gebäude der Feldzeugmeisterei (Kurfürstendamm 192/93) sind mit Maschinengewehren stark armiert, die bei der Behörde beschäftigten Militärs sind bewaffnet und zur Verteidigung des Gebäudes eingeteilt.

Die Militärkommission bereit.

Als vor einigen Tagen das „Leipziger Tageblatt“ mitteilte, daß Klotz-Worke an der Spitze einer Truppenbewegung zum Sturz der Regierung steht, brachte keine Berliner Zeitung die Nachricht. Erst jetzt, nachdem wir dieser Nachricht die ihr gebührende Beachtung verschafft haben, wird der ganze amtliche Apparat in Bewegung gesetzt. Demnach ist es, daß die von der „Deutschen Allgemeinen Zeitung“ als „unmittelbar bevorstehend“ angekündigte Bestimmungsbefehle des Reichs-Kabinetts bis zur Stunde nicht bekannt gegeben worden ist.

Von Herrn Rünzberg, Heidenstraße 4, wird uns mitgeteilt, daß er weder ein Waffen- noch ein Lebensmittellager habe. Einer unserer Korrespondenten hat sich von der Richtigkeit dieser Angabe überzeugt, so daß wir selbstverständlich ohne weiteres erklären, daß wir die allerdings von mehreren Anwohnern des Hauses gemachte Mitteilung nicht aufrecht erhalten. An der Tatsache der Bewaffnung der Bourgeoisie wird dadurch nichts geändert.

Zur Verhaftung Karl Einsteins.

Vom Reichswehrgruppenkommando I erhalten wir folgende Verlautbarung:

Die Verhaftung des Kommunisten Karl Einstein wird verabschiedet mit dessen Neben, die er nach Meldung des „Süddeutschen“ gelegentlich der Beerdigung der Rosa Luxemburg gehalten haben soll. In Zusammenhang gebracht. Demgegenüber wird festgestellt: Der Kommunist Karl Einstein wurde in dem D-Fug Bamberg-München, gelegentlich einer militärischen Passkontrolle, welche in dem Zuge stattfand, festgenommen, da er auf einen solchen Pass, welcher auf den Namen Konrad Kroschert lautete, eise. Einstein gab bei seiner Verhaftung zu, daß er Einstein heiße und mithin von einem falschen Pass Gebrauch gemacht hat.

Die Gemeindevahlen in Bayern.

Nachdem nunmehr die Ergebnisse über den Ausfall der Gemeindevahlen in Bayern aus dem ganzen Lande vorliegen, läßt sich ein abschließendes Urteil fällen. Um das Wichtigste gleich vorwegzunehmen: Die Wahlen bedeuteten einen Zusammenbruch der Rechtssozialisten und einen gewaltigen Aufschwung der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei, selbst auf dem flachen Lande, wie die bürgerliche Presse mit Entsetzen konstatieren muß. Der Wahlausfall ist der beste Gradmesser dafür, wie in Arbeiterkreisen die Politik der Rechtssozialisten eingeschätzt wird. Während die U. S. P. bei den Wahlen im Februar mit Ausnahme des früheren Wahlkreises Hof — überall nur eine kleine Minderheit darstellte, ist sie jetzt bei den Gemeindevahlen zum Teil an die erste Stelle gerückt, zum Teil der Stimmengabe der Rechtssozialisten ganz nahegerückt. Die Zeit ist nicht mehr ferne, wo die Sozialdemokratische Partei auch in Bayern als Reichsparlament anerkannt ist.

Ganz besonders katastrophalen Zusammenbruch haben die Rechtssozialisten in München erlebt. Das ist um so bedeutungsvoller, als die Regierung Hoffmann glaubte, sich den besonderen Dank der Münchner Bevölkerung verdient zu haben, weil sie diese von der Herrschaft der Majorität befreit hat. Wie die Münchener Reaktionen über diese „Befreiung“ denken, hat der Wahlausfall bewiesen. Während die rechtssozialistische Partei bei den Wahlen zur deutschen Nationalversammlung mit 147 000 Stimmen als stärkste Partei durchs Ziel ging, wurde sie bei den Gemeindevahlen mit nur 46 000 Stimmen an die dritte Stelle gedrängt. Dagegen hat die Unabhängige Sozialdemokratische Partei ihre Stimmengabe mehr als verdoppelt und ist mit 77 394 Stimmen an erste Stelle gerückt. Ihr folgt das Zentrum mit 57 522 Stimmen und dann erst kommen die Rechtssozialisten mit 46 558 Stimmen.

In München wurde bei den Gemeindevahlen auch zugleich der Bürgermeister gewählt. Da hier keiner der Kandidaten die absolute Mehrheit hatte, muß der neugewählte Stadtrat die engere Wahl vornehmen. Die Entscheidung fällt zwischen dem Kandidaten der U. S. P., Senfken Scheid und dem früheren Kultusminister Künzling, den das Zentrum auf den Schild erhoben hatte.

Rechnlich wie in München, wenn auch nicht so katastrophal, ist der Zusammenbruch der Rechtssozialisten in Nürnberg, wo sie fast die Hälfte ihrer bei den letzten Wahlen erzielten Stimmen verloren haben. Sie erhielten 82 564 Stimmen gegen 88 745 Stimmen bei den Wahlen im Februar. Auch in Nürnberg hat die U. S. P. ihre Stimmengabe mehr als verdoppelt. Sie erhielt 31 507 Stimmen gegen 14 561 bei den Wahlen im Februar und rückt damit als zweitstärkste Partei in das Rathaus ein.

In anderen Industriestädten das gleiche Bild. Nebenbei ein hoher Rückgang der Rechtssozialisten und eine starke Zunahme der unabhängigen Stimmen. Besonders günstig haben wir in dem früheren Reichstagswahlkreis Hof abgeschlossen, der als Hochburg der U. S. P. bezeichnet werden kann. So erhielten wir in Hof mit 15 Stadträsen die absolute Mehrheit, während die Rechtssozialisten nur einen einzigen Kandidaten durchbrachten. Ferner haben wir in Selb und Helmbrunn mit 15 bzw. 11 Stadträsen die absolute Mehrheit. Die Rechtssozialisten erhielten in diesen Orten fünf bzw. drei Sitze. In Nürnberg

erhielten wir zehn, die Rechtssozialisten drei, die Bürgerlichen sieben Sitze.

In einer Anzahl von Orten, wo wir bei den Februarwahlen noch eine kleine Minderheit bildeten, haben wir diesmal die Rechtssozialisten überholt, so in Bamberg, Hof, Helmbrechts, Nürnberg, Selb. In einer großen Anzahl von Orten stehen die beiden sozialdemokratischen Parteien zwar in der Minderheit, diese ist aber so stark, daß sie auch in diesen Orten einen wesentlichen Einfluß auf die Gemeindepolitik ausüben können. Ob und was auf diesem Gebiet erreicht wird, liegt im wesentlichen bei den Rechtssozialisten. Finden sie sich wieder zurück auf den Boden einer grundsätzlichen Politik, dann wird Beachtliches im sozialistischen Sinne geleistet werden können; wenn nicht, dann werden die nächsten Wahlen noch ein größeres Strafgericht für die Rechtssozialisten bedeuten als die jetzt abgeschlossenen.

Die Wahlbeteiligung war äußerst flau. Sie erreichte selten mehr als 70 Prozent, blieb aber sehr oft unter 60 Prozent zurück. Auch die bürgerlichen Parteien haben einen großen Stimmenverlust zu verzeichnen; eine Ausnahme hiervon macht nur die sogenannte Mittelpartei. Die teilweise Zunahme dieser Partei ist aber nur eine Scheinzunahme, da die Parteikonstellation bei den Gemeindevahlen eine andere ist, als bei den Wahlen zum Landtag oder der Nationalversammlung. Die einzige Partei, die einen wirklichen Stimmengewinn, um mehr als das Doppelte, buchen kann, ist die Unabhängige Sozialdemokratische Partei. Dieser Erfolg wurde mit den denkbar geringsten Mitteln erzielt. Wärdern und der Organisations- und Agitationsapparat und die Geldmittel zur Verfügung gestanden haben, wie den Rechtssozialisten und den beiden großen bürgerlichen Parteien, unser Erfolg wäre noch ein größerer gewesen. So kann die U. S. P. mit Befriedigung auf das Ergebnis der Gemeindevahlen in Bayern zurückblicken. Der weitere Ausbau der Organisation und Presse, wozu nun mit Eifer gegangen wird, und vor allem eine zielklare Politik in Reich, Staat und Gemeinde wird dafür sorgen, daß die Arbeiter, die heute noch im rechtssozialistischen Lager stehen, den Weg zur Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei finden werden.

Die Streikbewegung der Eisenbahner dauert fort.

Eigene Drahtmeldung der „Freiheit“.

Weimar, 21. Juni.
In Jena, Gotha und Weimar streiken noch immer die Eisenbahner, ebenso in der Gegend in Erfurt nicht normal. In Weimar herrscht bereits Kohlenmangel, infolgedessen gibt es seit gestern abend in der Stadt kein Gas. Die Hauptforderung der streikenden Eisenbahner ist, daß die Beamten, die die Streikenden in Erfurt eingesetzt haben, in ihren Ämtern verbleiben sollen. Ubrigens versicherten die Regierungstruppen in Erfurt, daß sie heute noch abtransportiert werden.

Belagerungszustand über Kassel.

Kassel, 21. Juni.
Laut Mitteilung des Generalkommandanten ist über den Stadtbezirk Kassel der Belagerungszustand verhängt worden. Die notwendige militärische Sicherung des Bahnhofes usw. ist erfolgt.

Die Einreise nach der Schweiz erschwert.

Bern, 21. Juni.
Der schweizerische Bundesrat hat zum Zwecke der Erleichterung der Reise in die Schweiz einige Anordnungen getroffen, nach denen die schweizerischen Gesandtschaften und Konsulate im allgemeinen von sich aus Einreisewilligungen für beschränkte Dauer erteilen können. Die schweizerischen Gesandtschaften in den europäischen Staaten, sowie gewisse Konsulate sind ermächtigt, Angehörige des betreffenden Staates für die Dauer von höchstens zwei Monaten Bewilligungen zur Einreise in die Schweiz zu erteilen. In allen anderen Fällen wird die Bewilligung der Einreise nur mit Zustimmung der Zentralstelle der Fremdenpolizei in der Schweiz zugelassen.

Ende des französischen Bergarbeiterstreiks.

T. U. Amsterdam, 21. Juni.
Aus Paris wird gemeldet: Da die Regierung die Bedingungen über die Arbeitszeit bewilligt hat, die die Bergarbeitergewerkschaften gestellt hatten, vereinigte man sie mit dem Entwurf Durosours. Das Ergebnis ist, daß der Streik bald beendet sein wird. Dazu ist aber notwendig, daß beide Kammern auf ihre frühere Entscheidung zurückkommen und den Entwurf Durosours annehmen. Das dürfte dann auch bald geschehen.

Krisensturz in England.

Rotterdam, 21. Juni.
Laut „Nieuwe Rotterdamse Courant“ sind 500 000 Arbeiter der Baumstoffindustrie in Lancashire in den Ausbruch getreten. In den Kohlenbergwerken von Manmergan in Wales streiken 3000 Bergarbeiter.

Uns der Partei.

Die U. S. P. in Raumburg-Weiskensels-Bez. Auch in diesem Bezirk entwickelt sich die Organisation günstig. Die Zahl der Mitglieder betrug nach dem letzten Bericht während des Krieges 1876 in 37 Jährigen; jetzt ist sie auf 10 151 in 65 Jährigen gestiegen. Unser Parteiblock der Volksliste in Bez. hat jetzt 15 000 Wähler.

Ledebour

vor den Geschworenen

nach dem stenographischen Bericht

Erscheint Mittwoch Preis 75 Pfennig

Vorausbestellungen richte man an die

Verlagsgenossenschaft „Freiheit“, e. G. m. b. H., Berlin NW 6

Abteilung Buchhandel Schiffbauerdamm 19.

Das wonnige Gefühl

um ein schönes Kleidungsstück beneidet zu werden, erreichen Sie am ersten mit einem unserer entzückenden

Seidenmäntel,

die Sie bei uns in allen erdenklichen Formen und Farben vorrätig finden.

Leicht genug, um nie lästig zu fallen, schwer genug, um Sie an kühlen Abenden vor Erkältung zu schützen, ist solch ein Seidenmantel das angenehmste Kleidungsstück.



C & A

Rönigstr. 33 Chausseestr. 113
 am Bahnhof Alexanderplatz beim Cöllner Bahnhof

Sonntags geschlossen

Theater und Vergnügungen.

Friedrich-Wilhelm-Theater
 Direktion: Gustav Friedrich
 Chausseestraße 30.
 Anfang 7 1/2 Uhr.
 Allabendlich:
Das Dorf ohne Glocke

Volkshäuser. Theater am
 Alexanderplatz.
 Direktion: Friedrich Kayster.
 7 1/2 Uhr: Die Heirat.
 9 1/2 Uhr: Der Schwarzschüler.

Opernhaus
 7 Uhr: Aida.

Schauspielhaus
 Nachm. 3 Uhr: 22. Volksvorst.
 7 1/2 Uhr: Die Höhe des Gefühls.
 9 1/2 Uhr: Cortina.

Königsgrätzer Straße
 Abends 7 1/2 Uhr:
Der Hauptling.
 9 1/2 Uhr: Die Katze.

Komödienthaus
 an der Marschallstraße.
 7 1/2 Uhr: Die Katze.
 9 1/2 Uhr: Liselott von der Pfalz.

Berliner Theater
 Sonntag bis Donnerstag.
 7 1/2 Uhr: Die tolle Komteß.

Deutsches Theater
 Heute bis einschl. Donnerstag
 7 1/2 Uhr: Familie Schimke.
 9 1/2 Uhr: Letzte Auftritte.

Kammerspiele
 Heute bis einschl. Mittwoch
 8 Uhr: Die tolle Komteß in
 Eifersucht.

Theater des Westens
 Abends 7 1/2 Uhr:
Die Geisha.

Rose-Theater
 7 1/2 Uhr: Garteobühner.
 9 1/2 Uhr: Vorher Konzert
 und anschließend Spezialitäten.

Waldhalla-Theater
 8 Uhr: Kleine Schiva.

Lessing-Theater

Sommerabsicht
 Leitung: Hans Sternberg.
 Grotspiel: Gode Thiesener.
 5 Uhr: Charleys Tante.
 7 Uhr: Der Raub der
 Sablierinnen.
Deutsches Künstler-Theat.
 3 Uhr: Mein Nachbar Amelia.
 Abends 8 Uhr:
 Max Adalberts Welt Güte in:
 Die Kutschbahn.

Residenz-Theater.

Unter den Eichen, Köpenicker
 Ausgang: Stralauer Straße.
 8 Uhr: Zum 102. Male:
Das höhere Leben.
 Schauspiel von Sudermann.
 Regie: Alfred Köster.

Trianon-Theater.

Neue Friedrichstraße 20, 4021, 2201.
 7 1/2 Uhr: Zum 298. Male:
Der gute Ruf
 von Hermann Sudermann.
 Sonntag 4 Uhr:
 Johannisfeuer.

Wintergarten

Abends 7 1/2 Uhr
Varietévorstellung
 Rauchen gestattet.

Elite-Sänger

Heute 8. Köpenicker
 Abends 7 1/2 Uhr:
Elite-Sänger
 ehem. Mitglied der
 Berliner Sängervereinigung
 Schütz, Kuntze,
 Hertz, Schuber
 Honor. Solisten
 Sommerfest
 8 Uhr: Konzert.

Vergnügungspalast

Schlossbrauerei Schöneberg
 Hauptstr. 121-123.
 Heute
Entscheidungskampf:
 Hartkowiak gegen Naber
 (Ganz)

Nachdem ringen:
 Damböts gegen Döring
 (Ganz)
 Stegmann gegen Gremelt
 (Ganz)
 Schwarz gegen Böhm
 (Ganz)
Konzert Spezialitäten
 großer Saal

Carl Barthel

8, Zionskirchstraße 14
 liefert gegen bar
Möbel
 jeder Art.
 Tel. 1234567

Film-Palast

Köpenickerstraße 29 / Dir.: J. Werner
Neuere und folgende Tage
Die Sensation des Tages

Moral und Sinnlichkeit

Ein Kolossal-Film in 5 Akten
 mit Erka Glässner
 und das glänzende Beiprogramm.

Fortuna-Lichtspiele

Müllerstraße 12c
 Der große Erfolg der U.T. Lichtspiele
Der Mandarin
 oder: In den Krallen des Wahnsinns.
 Hauptrolle
HARRY WALDEN.

Residenz-Lichtspiele

Blumenstraße 10
 Das Tagesgespräch von Berlin
Veritas vincit
Die Wahrheit siegt

Brauerei Jullus Bötzw

Prenzlauer Allee 242-47 - Prenzlauer Tor.
 Jeden Mittwoch, Donnerstag, Sonnabend u. Sonntag
Grosses Garten-Konzert

BALL Grosser BALL

Jeden Mittwoch und Sonntag
BALL Grosser BALL

Schönholzer Tivoli

I. V. Max Grunke,
 am Bahnhof Schönholz.
 Jeden Sonnabend und Sonntag
großer Ball.

Stelle meinen Saal mit Garten zu Festlichkeiten und
 Versammlungen zur Verfügung

Schweizer-Garten

Am Friedrichshain 29-32
 Direktion: Fritz Focher & Wilhelm Hermann
Heute Sonntag:
Das große Sensations-Programm
 dazu „Die Lindenswirlin“
 mit Frä. Grethel Wobbe in der Hauptrolle
 und die große Aus- „Nebern großen Teich“
 stellungskonzert
 Nur noch wenige Auführungen.
 Vorverkauf von 10 Uhr vormittags ab.

Sommer-Variété im LINDENPARK

Berlin-Schöneberg, Hauptstraße 13.
 Herrlicher Naturgarten mit allem Baumbestand.
 16.-30. Juni: Neues Programm.
 10 Rieser-Attraktionen! 7 Uhr

Dazu:
 Im Freibad Grünau!
 oder: Der schöne Gutlicht
 Posse mit Gesang von R. Kurz.
 Jeden Mittwoch: Großes Garten-Kinderfest!!!

Der Arbeiter-Radfahrer-Verein „Solidarität“

Ortsgruppe Tansdorf • Vereinslokal Paul Hoffmann
 feiert am 29. d. Mts. sein diesjähriges

12. Stiftungsfest

Laden hiernächst alle Vereine, die unserem Haupte angehö-
 ren, ganz ergebend ein. Verbunden mit der **Kornfahrt**
 welche am 3. Juli um 3 Uhr in der **Tanz.** unilgerendes Vereine nicht
 stattfinden, nachher **Tanz.** unilgerendes Vereine nicht
 feierstellen konnten, so bitten wir um recht zahlreichem Besuch.
 Mit herzlichen Grüßen
 Der Vorstand.

Zum Besten der Kinder und Waisen

des Internationalen Bundes der
 Kriegerbeschädigten und Hinterbliebenen
 Ortsgruppe Neukölln
 in der Aula des Kaiser-Friedrich-Reals-Gymnasiums
 Kaiser-Friedrich-Strasse 108-110
 findet am 24. Juni, abends pünktlich 8 Uhr ein

Vortrags-Abend Revolutionsdichtung

Abend gesprochen von
 Wilhelm Ulrich, Schauspieler.
 Karten im Vorverkauf 4.00 Mark zu haben
 Richardstraße 10, Hertzstr. 4, Ecke Prinz-Bandier-Str.,
 Herrmannstr. 10, Hertzstr. 4, Ecke Prinz-Bandier-Str. 207, Büro
 der „Freiheit“, Focherstr. 2, Richard Mack, Böhmische Str. 8.
 Kinder unter 14 Jahren haben keinen Zutritt.

Reparaturwerkstatt für Uhren und Goldwaren

Für jede bei mir reparierte Uhr
 beste technische Garantie
Wilhelm Scheil, NO, Prenzlauer
 Allee 185

Max Zeitschel, Uhrmacher

Berlin N., Mühlentisch 150 und Seestr. 192

Möbel!

Sonder-Angebot!

Schlafzimmer
 Speisezimmer
 Herrenzimmer
 Dielen-Möbel
 Klagen

in großer Aus-
 wahl zu billi-
 gen Preisen.

Beste Verarbeitung • Trostendes Mate-
 rial • Versand auch nach auswärts

Lombard- u. Möbelhaus „Bab- Hof Börse“ G.m.b.H.

Dirdfenstraße 43-44.

Uhren- u. Goldwaren Reparaturwerkstatt

Vorkauf von Uhren u. Schmuckwaren
 Needle-Beimung.
Max Teschke, NW 37, Bismarckstr.

Anfertigung von eleganten Herrengarderoben

in engl. und franz. eleganten Herrengarderoben
 Kostüme, sowie von
 Solideste Verarbeitung. — Tadellose Sitze
 Umarbeiten, Waschen und Reparaturen
 werden auf's sorgfältigste ausgeführt.

Gute Friedensstoffe am Lager

Wilhelm Lemke Nef. Hans Haus
 Stolpische Straße 23.

ZIGARREN

pro Millie von M. 650 an
 gibt in großen und kleineren Posten ab
Zigarren-Engros-Haus Neukölln
 Neukölln, Schinkestr. 45.

Reines Gesicht

Dr. Rosenzweig, Teint, weiße, glatte Haut wird
 in kürz. Zeit erreicht durch mein Allbe-
 unübertroffen. Krem „Pura“, Sommer-
 Miltesser, Pücker, Runzeln u. Falten ver-
 schwind. Rose u. großer. Haut wird schnell ge-
 doppelt. 350. Drogenhaus u. Bockstr. N. Schöneberg, Allee 10

Ledebour vor den Geschworenen

Vor der Entscheidung.

Die trohen Kämpfe sind vorüber. Staatsanwälte und Verteidiger haben gesprochen. Nun wird nur noch Ledebour selber am Montag in seinem Schlussworte seine Sache führen; dann kommt das Urteil, die Entscheidung. Dann haben nur noch die Geschworenen zu sprechen. Wirklich ein schweres und verantwortungsvolles, aber auch höchstes und herrliches Amt wartet diesmal über. Sie sollen zeigen, ob es noch soviel furchtbaren Monaten, nach Blut und Mord, nach Haß und Gewalt in Deutschland noch Männer gibt, die Recht von Willkür zu unterscheiden wissen. Die Augen des gesamten arbeitenden Volkes Deutschlands, die Augen der Proletarier der ganzen Welt hängen am Munde dieser Geschworenen. Mögen sie nicht enttäuscht! Mögen sie ihnen das eine nicht glauben, das ihnen in all dem Furchtbaren der letzten Jahre, das ihnen in all ihrem Elend und ihrer Unterdrückung geblieben ist, den Glauben an die Gerechtigkeit. Mögen sie das alte Wort wieder zu neuem Glanze ausleben lassen: „Es gibt noch Richter in Berlin.“

Zweihundzwanzigster Verhandlungstag.

Zu Beginn der Verhandlung erhält der Verteidiger, Rechtsanwalt Dr. Rosenfeld, das Wort. Er führt aus: Meine Herren Geschworenen! Der Prozeß, der hier gegen Herrn Georg Ledebour geführt wird, ist ein Prozeß von historischer Bedeutung. Wenn wir in der Geschichte der historisch gewordenen Prozesse zurückblicken, so finden wir vor allem einen Prozeß, den man in eine Parallele ziehen kann mit dem heutigen Prozeß, das ist jenes Verfahren, das vor genau 70 Jahren stattfand, damals als Karl Marx vor den Kölner Geschworenen stand. Dem Revolutionsausschuß von heute, der hier in der Verhandlung eine so große Rolle gespielt hat, entsprach der Ausschuß der demokratischen Demokraten von 1848. An der Spitze des einen Ausschusses stand Ledebour, an der Spitze des andern Karl Marx. Die Revolution des Jahres 1848 hat die Errungenschaften der Revolution ebensowenig gestiftet wie die des Jahres 1918. Die Errungenschaften der revolutionären Demokraten von 1848 gelangte im November 1848 in dem Aufruf an die Bevölkerung zur Streikbewegung und zur schärfsten Opposition gegen die damalige konservative Regierung. Die

Enttäuschung der revolutionären Sozialisten

von 1918 trat in die Erscheinung in dem Aufruf des Revolutionsausschusses, den Sie hier kennen gelernt haben. Die Kölner Geschworenen mühen, was sie mit einem solchen politischen Tendenzprozeß anzufangen hatten: sie haben, wie es in dem Bericht steht, einstimmig Karl Marx freigesprochen. Und ich bin sicher, meine Herren, die Berliner Geschworenen werden sich ebensowenig dazu hergeben, einen der Regierung unangenehm gewordenen Angeklagten unschuldig zu machen. Auf nichts anderes kommt es hinaus, wenn der Herr Staatsanwalt die Kraft gefunden hat, die Beurteilung des Angeklagten zu fordern. Das Infame dieses Verfahrens ist, daß man Ledebour nicht zur Beurteilung zieht als Verbrecher, sondern daß man ihn als einen Verbrecher bezeichnen will, denn was ist der Rädelstörer eines Landes anders als ein gewöhnlicher Verbrecher. Wenn man in letzter Zeit häufig auf politische wie soziale Bestimmungen angewendet worden sind, zeigt das, wie tief unsere Rechtspflege gesunken ist.

Die Handlungen des Angeklagten sind nicht zu beurteilen nach dem Gesetze von heute, sie müssen beurteilt werden nach dem Gesetze der Zeit, zu der der Angeklagte strafbare Handlungen begangen haben soll. Ich gebe das Vertrauen noch nicht auf, daß man aus dem Volke sich auf den Boden stellen können, den der Herr Staatsanwalt hier eingenommen hat. Er hat ein wertvolles Geständnis abgelegt, indem er zum Ausdruck brachte, daß er der Meinung sei, daß diejenigen Gesetze nicht mehr anwendbar seien, die sich auf die Verfassung und ihren Schutz beziehen. Von diesen Gesetzen erkannte der Staatsanwalt an, daß sie durch die Revolution zerrissen und nicht mehr anwendbar seien.

Alle Gesetze, die den Schutz der öffentlichen Ordnung zum Inhalt haben, sind mit der Verletzung der öffentlichen Ordnung zerrissen, auch die Gesetze, die am 9. November zerrissen sind, bleiben zerrissen, sie konnten jedenfalls nicht vor dem Zusammenbruch der Nationalversammlung Geltung finden. Niemand kann behaupten, daß am 9. November zerrissene Gesetze noch anwendbar sind. Kein Staatsanwalt hat sich im entferntesten daran gedacht, eine Anklage wegen Landverweigerung am 9. November zu erheben. Es ist bezeichnend, daß die Staatsanwaltschaft glaubt, dies im Juni 1919 tun zu können.

Meine Herren, ein Gesetz, das geschaffen ist, um die öffentliche Ordnung zu schützen, wie sie in der Monarchie bestanden hat, ein solches Gesetz kann mit Anwendung finden auf die öffentliche Ordnung nach dem 9. November. Wenn Sie also auf Grund der Gesetze, soweit sie noch im Januar 1919 bestanden, urteilen, dann müssen Sie sagen, es gibt kein Gesetz, das Anwendung finden kann, deshalb müssen Sie zur Freisprechung kommen.

Ich werde nicht daran, daß Sie alles tun werden, um auch nur den Schein zu erwecken, als ob hier Recht nach Willkür gesprochen wird. Ohne Zweifel sind die Gesetze, die hier zur Anwendung kommen sollen, am 9. November zerrissen worden. Die Verletzung steht fest, es steht fest, daß diese Gesetze verletzt worden sind, und doch ist eine Strafverurteilung eingeleitet. Es ist demnach nicht Rechtspflege, sondern Willkür, wenn der Angeklagte auf Grund jener Gesetze verurteilt werden würde.

Darum, meine Herren Geschworenen, betreten Sie erst gar nicht den schwachen Boden, auf dem die Staatsanwaltschaft vertritt, das ist ein so hohe Gebäude der Anklage gegen Ledebour aufrechtzuerhalten. Nehmen Sie es ab, Gesetze anzuwenden, die nicht mehr Geltung haben, und sprechen Sie den Angeklagten frei.

Der Herr Staatsanwaltschaftsrat Gysae bestritt in seinen Ausführungen, daß die Staatsanwaltschaft einen Rückschritt gemacht habe. Sagen wir doch offen, wie die Dinge sich abgespielt haben, war es ein Rückschritt oder keiner? Es ist doch bezeichnend, daß die Staatsanwaltschaft erst nach Schluß der Beweisaufnahme erklärt hat, sie habe sich nicht mehr auf die Zeugenaussagen verlassen, sondern habe sich an die Erklärungen des Angeklagten. Das hat nicht getan, sie hat sich auf Thieffenhausen gestützt, ohne seinen Namen zu nennen. Dieses Verhalten

Nach den Erklärungen des Angeklagten glaubte sie ihre Belastungszeugen nötig zu haben. Erst, als diese Zeugen einer nach dem andern verjagten, als keiner etwas gegen den Angeklagten vorgebracht hatte, erklärte sie: Wir brauchen die Zeugen gar nicht, wir halten uns an das, was der Angeklagte zugegeben hat. Das ist ein Rückschritt, wie er selten in die Erscheinung getreten ist.

Der Herr Staatsanwalt Gysae hat nun in seiner Antwort auf die Ausführungen meiner Herren Verteidiger in den Vorbergründ geschildert die Verteidigung der Regierung, gegen die von unserer Seite wiederholte und auch im Prozeß ausgesprochene Behauptung, daß sie die Unruhen provoziert habe. Staatsanwalt Gysae meint, diese Erklärungen damit abtun zu können, daß er sagt, die Behauptung sei ein Phantasiegebilde und der gestrige „Vorwärts“ schreibt sogar von einer dreifachen Verdrängung der Tatsachen. Gegenüber diesen Behauptungen, insbesondere den recht durchsichtigen Äußerungen des „Vorwärts“, der die Regierung natürlich herausheben muß — ob auch die Staatsanwaltschaft das tun muß, sei dahin gestellt — möchte ich mich auf die Erklärung des Staatsanwalts Jumbroich berufen, der sagte, es sei damals in Berlin eine Atmosphäre vorhanden gewesen, bei der es nur eines Funken bedürfte, um die mit Explosivstoff gefüllte Atmosphäre zur Explosion zu bringen. Dieser Funke war die Abhebung Eichhorns. Zweifellos haben diejenigen Stellen, die Eichhorn angehebt haben, also die Regierung, diesen Funken geworfen. Es ist also klar, daß die Regierung durch die Abhebung Eichhorns etwas getan hat, von dem sie vorantreiben mußte, daß es zu Schwierigkeiten führen würde. Und woher nahm die Regierung das Recht, den Polizeipräsidenten abzusetzen? Die Beweisaufnahme ist ja nach der Richtung so eingehend gewesen, wie möglich. Der Zeuge Reid hat geschildert, wie Eichhorn Polizeipräsident wurde. Damals gab es noch keine Regierung, die ihn hätte einsetzen können. Die Regierung ist erst gebildet, nachdem Eichhorn schon Stunden, vielleicht tagelang Polizeipräsident war. Es ist nicht erlenkbar, wie man zu der Auffassung kommen kann, daß der Polizeipräsident der Regierung unterstellt war. Die Revolution hat ihn zum Polizeipräsidenten gemacht, und sie fragt nicht danach, welche längst beralkelten und veralteten Bestimmungen und Verfügungen bestehen. Er war durch die revolutionären Arbeiter und Soldaten von Berlin Polizeipräsident geworden und hatte sämtliche polizeilichen Befugnisse in Berlin auszuüben, er war daher dem Ministerium in dem alten Sinne nicht unterstellt. Das Recht seiner Absetzung bestand nur für diejenigen, die ihn eingesetzt hatten. Besand ein Grund zur Abhebung Eichhorns? Wir haben einen Zeugen gehört, der dem militärischen Ausschuß des Volksrates angehört und der ausgesagt hat, daß keinerlei Beschwerden über Eichhorn an den Volksrat gelangt seien. Eichhorn war der Leiter der polizeilichen Verwaltung Groß-Berlins, zu einer Zeit wo es ganz besonders schwer war, die polizeiliche Organisation zu leiten. Eichhorn hat sich keiner Spitzel bedient, er wollte auch nicht mit dem Belagerungszustand regieren. Er war auch nicht der herausragende Stellungsmann Journalist, als den ihn die Staatsanwaltschaft bezeichnet hat. Eichhorn war viele Jahre Reichstagsabgeordneter für Pforzheim, er war 10 Jahre Redakteur in Dresden, Reichstagsabgeordneter für den dritten Berliner Wahlkreis und eine Reihe von Jahren Stadterordneter in Berlin und kannte genau die Berliner Verhältnisse. Es ist interessant, daß der Staatsanwalt Jumbroich die Auffassung vertritt, es sei nichts Auffälliges daran, wenn die Regierung nach Befehle der Zeitungen sich Anzeigen bediente. Wäher konnte man offiziell keine Spitzel in Berlin bei der Staatsanwaltschaft. Und das ist wohl auch eine Errungenschaft der neuen Zeit, wenn der Herr Staatsanwalt sagt:

Warum soll denn die Regierung keine Spitzel haben.

Er meint, dies damit rechtfertigen zu können, daß er erklärt, die Spitzelaktionen hätten auch Spitzel gehabt. Die Beweisaufnahme hat aber nichts dafür ergeben, daß die Spitzelaktionen Spitzel gehabt haben. Die Regierung wird über den Schutz des Staatsanwalts Jumbroich finden, wenn sie Spitzel betreiben würde.

Zeuge Fröhlich hat bekundet, daß der Spitzel Roland, der unaufrichtig ist, Schreibmaschinen von Bürgern weggeholt und dem roten Soldatenbund angeboten hat. Das ist eine Spitzelaktion, wie sie im Buch steht. Hierdurch sollte der rote Soldatenbund in den Verdacht gebracht werden, gerabote Schreibmaschinen zu besitzen. Es ist klar, daß diese Spitzelaktion beweist, daß es die Regierung darauf angeht hat, diese Unruhen zu provozieren, und eine Feilung auszuüben zu erhalten. Diese Absicht ergibt sich auch aus dem ganzen Verhalten der Regierung während der Verhandlungen. Eine Regierung, die den Wunsch hat, Blutvergießen zu vermeiden, und die sich sozialistisch nennt, muß bereit sein, mit den Volksgenossen zu verhandeln, um auf dem Wege der friedlichen Verhandlung das Ziel zu erreichen, das sie glaubt, erreichen zu müssen. Es war schon am zweiten Tage der Verhandlungen klar, sie wollte keine Verurteilung im Vertrauen auf die brutale Gewalt. Die Verhandlungsführer wurden am Donnerstag und Freitag von der Regierung hingehalten zu dem Zweck, inwischen den „Vorwärts“ mit den Mitteln des Krieges erobern zu können.

Der Zeuge Graf Wehner hat ausgesagt, daß die Erklärung des „Vorwärts“ schon für Freitag morgen vorgelesen war; der Zeuge Richter hat mitgeteilt, daß ihm schon um 4 Uhr nachmittags gesagt wurde, daß am nächsten Morgen der „Vorwärts“ erklärt werden würde. Das war zur Zeit, als noch verhandelt wurde und die Verhandlungsführer, darunter Ledebour, glaubten, auch die Regierung würde endlich verhandeln. Die Regierung hat in unehrlicher Weise hinter dem Rücken der Verhandlungsführer die Vorbereitungen und die Beschlüsse herausgegeben, den „Vorwärts“ zu kürzen, gleichzeitig hat sie in derselben Nacht den Angeklagten verhaften lassen. Eine solche Regierung ist nicht reuig zu machen von der

Blutschuld des Januars 1919.

So viel über den Funken, den die Regierung in das vom Staatsanwalt Jumbroich dargelegte Pulverfaß geworfen hat. Nun zu dem Pulverfaß selbst, zu der Atmosphäre der Gewalt, die nach den Ausführungen des Staatsanwalts damals in Berlin herrschte. Der Staatsanwalt meinte, diese Atmosphäre sei geschaffen durch die maßlose Propaganda in Wort und Schrift. Das ist eine oberflächliche Betrachtung der Dinge. Ich verweise auf die Aussage Dittmanns, aus der hervorgeht, daß diese Atmosphäre vor allen Dingen herbeigeführt worden ist durch das völlige Versagen der Regierung auf all den Gebieten, auf denen das Volk eine Tätigkeit der Regierung erwartete. Das war: Freisgabe der K. und S.-Käte, des Käsekonfesses, Anwendung brutaler Waffengewalt gegen politische Gegner und Verzicht auf jegliche Sozialisierungsversuche. Das sind die Gründe der Unzufriedenheit der Bevölkerung, für die die Regierung verantwortlich ist.

Der „Vorwärts“ behauptet, die Regierung hätte keine Truppen gehabt, der Wachbereich der Regierung erstreckte sich damals nur auf einen Bezirk von wenigen Straßen Berlins. Wenn das wäre, dann war es ja überhaupt keine Regierung mehr, die

damals bestand. Vergißt man denn ganz die Abteilung Requis, die in der Umgebung Berlins aufgestellt war, die in Campquartier in Dahlem hatte, die im Dezember in Berlin einmarschiert war und deren Zurückziehung nur durch das erfolgreiche Eingreifen des Angeklagten erreicht wurde. Diese Armee stand jederzeit zur Verfügung. Außerdem sind damals ohne Genehmigung der Regierung bewaffnete Gruppen gebildet worden, was auch die Beweisaufnahme gezeigt hat. Aber kein Staatsanwalt hat gegen diese Anklage erhoben. Das ist ein Beweis, in welchem Maße dieser Prozeß ein Tendenzprozeß schlimmerer Art ist. Das ist gemeinliche Justiz, die nur zum Verderben der ganzen Rechtspflege geeignet ist.

Nach der Behauptung des Staatsanwalts soll Herr Ledebour bei der im Marshall zusammengetretenen Menge gewesen sein. War Herr Ledebour das wirklich? Hier ist der Punkt wo der Staatsanwalt Gysae, ohne Thieffenhausen zu nennen, sich auf dessen Zeugnis stützt, daß Ledebour irgend etwas mit der Waffenteilung im Marshall zu tun gehabt habe. Was dieses unglauwbare Zeugnis hat sich der Staatsanwalt berufen, indem er die Beobachtung des Herrn Thieffenhausen vom Nachmittag auf den Vormittag verlegt. Das ist unrichtig. Am Nachmittag kam Ledebour in den Marshall, zu einer Zeit, als die Matrosen sich bereits gegen den Revolutionsausschuß erklärt hatten. Ledebour erschien, als nur noch Matrosen im Marshall waren. Wenn er vor diesen Matrosen gesprochen hat, so sprach er vor einer Menschenmenge, die im Gegenfall stand zu einer Menschenmenge, die sich angeblich zusammengetrotet hatte. Es war eine Soldatenabteilung und keine öffentliche Zusammenkunft. Nur vom Nachmittag hat Thieffenhausen ferner erklärt, daß er Herrn Ledebour gesehen habe. Der Staatsanwalt verlegt diese Aussagen auf den Vormittag.

Zeuge Hofweiss hat er gesagt, im zweiten Akt sei die Waffenteilung erfolgt. Auf die Frage des Gerichts, ob der Angeklagte sich um die Waffenteilung gekümmert habe, sagte der Zeuge, daß, wenn er das auch nicht habe, das doch nicht ausschließe, daß sich Ledebour von der Waffenteilung gekümmert habe. Es kommt doch nicht darauf an, was der Zeuge nicht gesehen hat, sondern darauf was er gesehen hat.

Man kann die Aussagen prüfen wie man will, es ergibt sich nichts dafür, daß Herr Ledebour jemals in einer Menge war, die sich zusammengetrotet hatte, um Gewalttätigkeiten zu begehen und Widerstand zu leisten. Es wäre auch sehr merkwürdig, wenn der Mann, den wir hier kennen gelernt haben als einen Mann, der immer wieder gegen das Blutvergießen war, der mit Erfolg das Seine dazu beigetragen hat, Gewalttätigkeiten zu verhindern, wenn dieser sich einer Menschenmenge angeschlossen hätte, die Gewalttätigkeiten beging. Der Staatsanwalt Gysae sagt, daß Herr Ledebour eine Führerschaft erlangt habe. Führerschaft schon, aber wobei? Ein politischer Führer der Arbeiterwelt? Ob er Führer war bei der Besetzung der Zeitungen, ob er Führer war bei den Gewalttätigkeiten, bei der Organisation des Widerstandes, bei der Aufrechterhaltung des Widerstandes? Das Gegenteil ist durch die Beweisaufnahme klar erwiesen. Der Staatsanwalt Gysae hat sich neuerdings auf den Zeugen Jasobi berufen, er hat ihn nur zitiert; in Wirklichkeit hat der Zeuge aber etwas anderes gesagt. Das kann auch darin zum Ausdruck, daß Herr Jasobi ganz erheblich mit dem Kopf schüttelte.

als Herr Staatsanwalt Gysae ihn falsch zitierte.

Der Zeuge hat in Wirklichkeit folgendes bekundet: Bei der Rede Ledebours auf dem Balkon des Polizeipräsidenten erklärte der Zeuge: Geht uns Waffent. Darauf beruhigte Ledebour die Menge und sagte, sie sollten nach Hause gehen. Diese wurden dann erst recht misshandelt und sagten, das sei keine Art, uns jetzt, wo wir wirklich die Regierung beiseitejagen könnten noch heute zu jagen. Ich konstatiere, daß Herr Jasobi auch jetzt durch Zustimmung erklärt, meine Darstellung sei richtig. Der Herr Staatsanwalt hat das Gegenteil bekundet. Nach solchen Aussagen soll Herr Ledebour verurteilt werden. Herr Ledebour ist auch für die Besetzung der Zeitungen verantwortlich gemacht.

Der Angeklagte ist sehr weit gegangen in der Übernahme der politischen Verantwortung für andere, die rechtliche Verantwortung ist etwas anderes. Rechtlich können Sie den Angeklagten nur verantwortlich machen für das, was er getan hat. Herr Staatsanwalt Gysae sagt, der Angeklagte habe den Handreich organisieren. Wo hat die Beweisaufnahme irgend etwas nach der Richtung ergeben? Seit Montag Abend ist der Angeklagte überhaupt nicht mehr im Revolutionsausschuß tätig gewesen. Er ist ausgeschieden aus dem Kreise derjenigen, die aktiv in dem Revolutionsausschuß weiter tätig waren. Ist der Angeklagte im „Vorwärts“ gesehen worden oder sonstwo in irgendeiner Menschenmenge? Auf diese Frage kam jedesmal die Antwort: Wir haben nichts gesehen. Wo bleibt denn da noch die Möglichkeit, eine Handlung des Angeklagten festzustellen, von der man sagen kann, sie ist der Beweis dafür, daß der Angeklagte der Rädelstörer war. Wie man die Beweisaufnahme auch betrachten mag, es bleibt nichts übrig, was eine Verurteilung rechtfertigen könnte.

Und nun zu dem Ausdruck des einen der Herren Staatsanwälte, es dürfe nicht nach dem Worte Recht gesprochen werden: „Die kleinen Diebe hängen man, die großen läßt man laufen.“

Diesen Ausdruck muß ich mit aller Schärfe zurückweisen, er enthält eine Verleumdung aller revolutionären Sozialisten. Jene idealen Vorkämpfer für Völkerglück und Freiheit, mag man hier mit Dieben auf eine Stufe zu stellen. Meine Herren, wir können das nicht unumwunden lassen. Die Landstriedenbrecher und Aufrechter, die wegen der vom Gericht dargelegten Konflikte vor das Strafgericht und nicht vor das Schwurgericht gekommen sind, sind zum großen Teil unschuldig verurteilt worden. Außerdem sind sie verurteilt worden, weil von ihnen feststand, was ja gerade hier zu beweisen war, und nicht bewiesen werden konnte, daß sie sich an der Besetzung irgendeines Gebäudes beteiligt hatten.

Der Verteidiger schließt seine Ausführungen mit folgenden Worten: Meine Herren Geschworenen! Die Staatsanwaltschaft fordert von Ihnen ein Urteil, durch das dieses Gericht zu einem Revolutionstribunal gemacht wird. Ich mache darauf aufmerksam, daß das große Verbrechen hat, denn unschuldig sind bei jedem Revolutionstribunal die Geschickte, und vor der Geschichte wird, dessen bin ich sicher, nur ein Freispruch des Angeklagten bestehen. Herr Staatsanwalt Jumbroich fordert ein Urteil, das dem Rechtsbewußtsein des deutschen Volkes entspricht, aber mir will es scheinen, die Staatsanwaltschaft war immer ein sehr schlechter Dolmetsch des Empfindens des deutschen Volkes gewesen. Wir haben gesehen, mit welcher elementarer Wut der Angeklagte das Rechtsbewußtsein des deutschen Volkes zur Geltung gebracht hat. Folgen Sie nicht dem Herrn Staatsanwalt, der Sie verleiten will zu einem Freispruch. Der wirkliche Wahrspruch ist der Freispruch.

Staatsanwaltschaftsrat Gysae: Meine Herren Geschworenen, ich kann es Ihnen überlassen, die Beweisaufnahme sich zu rekapitulieren. Gegenüber den Ausführungen, die der Herr Verteidiger gemacht hat, erkläre ich, ich liebe nicht im Auftrag irgendeiner Regierung, die nach den beschonungsmäßigen Bestimmungen selbstverständlich einem Wechsel unterliegen kann. Ich muß nochmals auf die Vorgänge vom 9. November zurückkommen. Unbegreiflich ist mir, daß immer wieder, trotz meiner Erklärungen, immer wieder auf die Aussage von Thieffenhausen zurückgegriffen werden konnte. Mit keinem Worte bin ich in

Wozu die Rückaus der Staatsanwaltschaft.

meinen Darlegungen auf diesen Neuen zurückgekommen. Ja habe mir nicht das Wort von Thiershausen zu eigen gemacht, daß Ledebour sich um die Waffenausgabe gekümmert hat. Die Rede Ledebours ist selbstverständlich am Nachmittag gewesen. Meine Herren Geschworenen, bilden Sie sich selbst ein Urteil, meinen Artikel sollen Sie sich nicht anschließen ohne eigene Prüfung.

Staatsanwalt: Zumbroich erhält darauf das Wort: Meine Herren Geschworenen! Ich möchte folgende Erklärung abgeben: Im großen und ganzen bietet die Rede der Herren Verteidiger nochmals Anlaß, auf die Redaktionslage einzugehen. Zwischen dem Standpunkt der Verteidigung und dem der Staatsanwaltschaft klafft ein großer Unterschied. Die Verteidigung steht auf dem Standpunkt eines imaginären Revolutionsrechts, das für den Angeklagten in Anspruch genommen wird und wir stehen auf dem Standpunkt eines geschriebenen Rechts. Dieser Unterschied ist ja selbstverständlich nicht zu überbrücken.

Nach unserer Ansicht sind die Strafsache sämtlich in Kraft geblieben. Dr. Rosenfeld sagt, daß ich jetzt eigentlich kein bester Kronzeuge sei, da ich behauptet hätte, die Absehung Eichhorns wäre

der Funke gewesen, der in das Pulverfaß geschleudert worden ist.

So habe ich mich nicht geäußert, daß die Vorgänge, die zur Absehung Eichhorns geführt haben, sondern, daß vor allen Dingen die großen Demonstrationen, die Rede am Alexanderplatz, alles das der Funke gewesen ist, der die mit Explosivstoff angefüllte Atmosphäre zur Explosion gebracht hat. Und nun dazu, daß ich mich mit der Bemerkung, daß man die kleinen Diebe hängt und die großen laufen läßt, einer Beleidigung der Revolution schuldig gemacht hätte. Es ist mir gar nicht eingefallen, die Revolution zu beleidigen. Ich muß diesen Vorwurf auf das allerentschiedenste zurückweisen. Ich habe auch nicht den Angeklagten in Parallele mit einem großen Dieb gestellt. Nach meiner Ueberzeugung hat die Beweisaufnahme ergeben, daß der Angeklagte Ledebour als Räufelstrolcher anzusehen ist.

Und dann muß ich mich ganz entschieden gegen die Rolle verwahren, in der mich Dr. Rosenfeld offenbar gern sehen möchte. Ein Kommissar der Regierung bin ich nicht. Ich bin Staatsanwalt, unabhängig von der Regierung, als solcher habe ich Recht und Gerechtigkeit vertreten.

Der Revolutionsausschuß bildete sich, als bekannt wurde, daß die erregte Volksmenge aufgedröhrt hatte, bloße Demonstrationen zu sein, sondern zur offenen Erhebung gegen die Regierung überging. Als Anhänger Ledebours, bewaffnete Arbeiterhaufen bildeten als diese Arbeiterhaufen die Straße

ausgezogen, als bekannt wurde, daß die Festungen und andere Gebäude besetzt waren. Das war alles das, was wir strafrechtlich als Bildung bewaffneter Haufen bezeichnen und was auch der Revolutionsausschuß auch in diesem Sinne getan hat. Der Angeklagte war eines der hervorragendsten Mitglieder des Revolutionsausschusses, daß er nicht nur die politische und moralische, sondern auch die strafrechtliche Verantwortlichkeit übernehmen muß.

Auf eins möchte ich nochmals verweisen, das ist das Flugblatt, das in der Spartakuswoche erschienen ist, worin die Arbeiterklasse zum Generalstreik und zu den Waffen aufgefordert wird. Dieses Flugblatt ist von den revolutionären Obleuten der Kommunistischen Partei Deutschlands herausgegeben. Ledebour war zwar an der Abfassung nicht beteiligt, er gibt aber die moralische und politische Verantwortlichkeit für dieses Blatt zu. Ich schreibe ihm auch die strafrechtliche Verantwortlichkeit dafür zu. (Der Staatsanwalt verliest das Flugblatt).

Rechtsanwalt Liebnecht: Wir sind dem Herrn Staatsanwalt sehr dankbar, daß er

die Masse vom Gesicht gerissen hat.

Er hat seiner Zeit zum erstenmal erklärt, daß dieser Prozeß kein politischer Prozeß sei, die Handlung sei eine politische, aber die Motive sind keine politischen. Seine Ausführungen sind das Eingeständnis, daß die Tatsachen zur Beurteilung vollständig fehlen. Der Staatsanwalt ist der Vertrauensmann des Odenhotels, er ist der

Verbindungsmann des Odenhotels mit der Staatsanwaltschaft.

Der Vorsitzende erklärt, daß die Frage der Angehörigkeit in Erwägung zu ziehen ist.

Das Gericht zieht sich zur Beratung zurück und verkündet, daß gegen Rechtsanwalt Liebnecht eine Ordnungsstrafe von 100 M. verhängt werde.

Rechtsanwalt Liebnecht wendet sich sodann scharf gegen die Ausführungen des Staatsanwalts Zumbroich und erklärte zum Schluß: Meine Herren Geschworenen! Lassen Sie in aller Ruhe die Beweisaufnahme an Ihren Augen vorbeiziehen, dann urteilen Sie, ob Ledebour sich schuldig gemacht hat. Lassen Sie sich nicht durch die Argumente des Herrn Staatsanwalts beeinflussen; nur das, was erwiesen ist, bildet die Grundlage der Anklage. Ich bitte Sie, den Angeklagten freizusprechen, gerade jetzt, wo wir solche Männer brauchen. Ich bitte Sie nochmals um die Freisprechung des Angeklagten. Wir befinden uns in einer schweren Zeit und das deutsche Volk hat vielleicht noch schwereres durchzumachen, als es bisher durchgemacht hat.

Fortsetzung der Verhandlung Montag 9 Uhr.

Deutscher Sozialistentag.

Berlin, den 21. Juni 1910.

Im Sitzungssaal des Herrenhauses trat am Sonnabend die von der Zentralstelle für die Einigung der Sozialdemokratie unter dem Namen „Deutscher Sozialistentag“ einberufene Konferenz von Angehörigen beider sozialdemokratischer Parteien zusammen.

Eduard Bernstein eröffnet die Tagung: Der Sozialistentag soll die Frage einer Einigung der deutschen Sozialdemokratie nach Möglichkeit einer Lösung entgegenführen.

Zum ersten Punkt der Tagesordnung:

„Die politische Notwendigkeit der Einigung“

nimmt sodann als erster Referent Cohen (S. P.) das Wort: Die Errungenschaften der Revolution gehen täglich mehr verloren. Eine Einigung bloß um der Einigung willen wäre verfehlt. Der Sozialistentag in Weimar hat völlig versagt. Scheidemann hat in seinem Schlusswort die Dinge geradezu in strahlendüberlicher Manier auf den Kopf gestellt. (Hörstürmer: Ist das der Weg zur Einigung? Bernstein als Vorsitzender rügt den Ausdruck „strahlendüberlich“.) Der Redner revidiert seine Haltung in der Frage des Vorkriegsrechts. — Die U. S. P. D. hatte in ihrer Kritik gegenüber der Kriegspolitik recht. Nach der Revolution hat sich der Mangel an Positivism im Programm beider Parteien besonders bemerkbar gemacht. Man fand sich in der ersten Regierung mehr zu gemeinsamer Unfähigkeit als zu gemeinsamer Tätigkeit zusammen.

Das wichtigste Ereignis jetzt die Schaffung eines Minimalprogramms, auf das sich alle Sozialisten einigen könnten. Dabei muß im Mittelpunkt die Forderung stehen, daß eine umfassende Produktionspolitik nötig ist, ohne daß auf die Produktionsform der Hauptdruck gelegt wird. In jedem Falle müssen aber die Arbeiter als Mitarbeiter bei der Leitung der Produktion herangezogen werden. Ist die Sozialisierung in einem bestimmten Maße noch keine Maßnahme zur Erhöhung der Produktion, so muß man auf diesem Gebiete noch son ihr absehen. Ferner muß das Programm eine

Verwerfung der proletarischen Diktatur

enthalten. In Wirklichkeit hat sie in Rußland zur Kliquenherrenschaft geführt. Man muß den formalen Rechten, die das Volk jetzt hat, den richtigen Inhalt geben, wenn nicht die Reaktion das Feld wieder erobern soll. Das ist aber nur möglich, wenn die gegenseitige Bekämpfung der sozialistischen Parteien aufhört. Die Konferenz zur Einigung mag da keinen unmittelbaren Erfolg zu bringen vermögen, aber sie kann einen gewaltigen moralischen Einfluß ausüben. (Beifall)

Als zweiter Referent spricht Ströbel (U. S. P.): Die Darstellung Cohens über die Kriegspolitik der U. S. P. D. ist nicht ganz das Richtige. Es ist nicht richtig, daß in der ersten Regierung durch die U. S. P. kein positives Programm vertreten worden wäre. Die heutige Festsatzung hat ihren Grund darin, daß die heutige Regierung sich schamlos geschmeichelt hat und tatsächlich der Militarismus die Macht in den Händen hat. Ein Teil an der Schuld an der Wiederherstellung des Militarismus trägt aber auch die äußerste Linke, die nicht begreifen wollte, daß eine soziale Umwälzung erst gebraucht, und die nach bolschewistischem Muster vorgehen wollte. Der Austritt der U. S. P. aus der Regierung war eine Notwendigkeit.

Nicht gilt es die

Friedensfrage.

Sind die Unterzeichnung abgelehnt, so wird vor allem das Proletariat die Suppe auszulöffeln haben. Siegt die Vernunft, wird der Friede angenommen, so ist aber auch keine ruhige Entwicklung in Deutschland zu erwarten. Da ist eine Einigung des Proletariats bitter notwendig. Eine Einigung auf der Basis der Roste, Landsberg und Heine ist natürlich ganz ausgeschlossen. Auf der anderen Seite erwartet man auf der Linken die Einigung durch eine fortschreitende Entwicklung der Rechte und ein automatisches Herübergleiten der Massen zum Rätesystem. Ich halte das für falsch. Die Einigung wird nur kommen durch Ausprägung und Einigung über die zu erstrebenden Ziele. Sicherlich geht die Forderung der rechtssozialistischen Partei vor sich. Aber dadurch erhärtet die Sozialdemokratie als Gesamtheit gegenüber der Reaktion nicht. Eine Stärkung ist hier nur möglich durch Befestigung des Bruderbandes. Die bittere Not wird über kurz oder lang auch die Einigung auf ein Kompromißprogramm erzwingen. Der Gedanke der Rätediktatur hat sicher etwas Befriedigendes. Im ersten wird der Gedanke bei denen zünden, die noch nicht durch längere sozialistische Schulung feineres Denken gewohnt sind. Die

Haltung der verschiedenen Gewerkschaftslongresse ist dafür bezeichnend. Die Eisenbahner waren vielmehr für das reine Rätesystem als etwa die Bergarbeiter oder Holzarbeiter.

Der Kampf zwischen den sozialistischen Parteien hindert — neben der Angst dieser Rechtssozialisten — eine kräftige Sozialisierungsarbeit. Es wird höchste Zeit, die Schaffensfreude wieder anzuregen. Was aus dem Rätesystem dafür übernommen werden kann, muß übernommen werden. Ein systematisch gegliedertes Rätesystem, gipfeln in Arbeiterkammern, die dem Parlament gleichberechtigt sein müssen, ist unbedingt erforderlich, aber die Demokratie darf nicht beseitigt werden. Man sollte nur den Arbeiterräten die Möglichkeit geben, praktisch zu erproben, wie es bei der Sozialisierung geht. Die Praxis ist immer die beste Erzieherin. Natürlich geschieht jetzt zu wenig, ja, auf wichtigen Gebieten überhaupt nichts. Der Klassenkampf muß geführt werden, aber mit geistigen Waffen, nicht mit dem Terror. (Beifall)

Wenn bolschewistische Methoden zur Anwendung kommen sollen, soll man sich nicht wundern, wenn das Bürgerium alles zur Klotzwecke unternimmt. Die Gefahr liegt nicht vor, ist eher darauf zu rechnen, daß man sich anzupassen sucht. Auch der Militarismus würde sich pazifizieren lassen, wenn man für die abzuhauenden Offiziere eine gewisse Erziehungsgrundlage zu schaffen sucht. Wie wir nach außen den Völkern wollen, so müssen wir auch im Innern „pazifizieren“. Die Einigung der Sozialisten ist die Voraussetzung für eine wirklich sozialistische Politik. (Starker Beifall)

Schweizer berichtet über die Beteiligung am Kongreß. Es sind 200 Delegierte anwesend. Vertreten sind 70 Vereine der Mehrheitspartei mit 130 Delegierten, 14 Vereine der U. S. P. mit 26 Vertretern, 41 Arbeiter- und Bauernräte mit 75 Vertretern beider Richtungen, 21 Zweigvereine der Zentralstelle mit 42 Vertretern (ziemlich gleichmäßig Angehörige der S. P. und der U. S. P.).

Darauf wird in die

Diskussion über die Referate

Cohens und Ströbels eingetreten.

Rödel-Berlin (S. P.): Das Vergangene muß vergangen sein. Die Basis der Einigung muß die Anerkennung der Demokratie werden.

Reinhard-Bismersdorf (U. S. P.): Der internationale Gedanke, der zum Besten der Vaterlandsverteidigung aufgegeben wurde, muß die Wiederbelebung bringen. — Schwarz-Potsdam (S. P.): Ein gewisses Zusammenarbeiten ist auch mit den Kommunisten möglich. Ihre Ziele sind die gleichen, nur der Weg ist verschieden.

Nach der Mittagspause wird zunächst die endgültige Bureauwahl vollzogen. Zu Vorsitzenden werden Schmitt-Berlin (S. P.) und Bauer-Berlin (U. S. P.), zum Ehrenpräsidenten wird Ed. Bernstein gewählt.

Darauf wird in der Diskussion fortgefahren. Gb. Bernstein: Am Grunde stehen noch beide Parteien auf dem Boden des Erstarren Programms; allerdings ist die U. S. P. auf dem Wege, es zu verlassen. Der Redner geht dann zunächst auf die Frage der Kreditbewilligung ein. Die Schuld der deutschen Nation, aber am Arme das nicht mehr abgelehnt werden. Wenn heute die Massen der U. S. P. zulaufen, ist das kein Wunder, da es viel leichter ist, zu kritisieren, als in einer Situation wie dieser zu handeln. Da werden selbstverständlich Fehler gemacht. Die Frage ist nur, ob das Kritisieren heute nicht der schwerere Fehler ist. Das große Problem der Gegenwart ist Arbeit zu schaffen, die Konkurrenz auf dem Weltmarkt zu ermöglichen. Gemeinsam muß gegen den gemeinsamen Feind gekämpft werden, gegen die Reaktion von rechts und gegen den Unterstand der Massen. (Starker Beifall)

Auf Antrag von Dr. Cramer (U. S. P.) wird Wegmann (U. S. P.) eine längere Redezeit bewilligt.

Wegmann-Berlin (U. S. P.): Ein Kompromiß zwischen den beiden Parteien auf einer Mittellinie kann uns nicht zuzufügen, denn der Sozialismus ist kein Handelsobjekt. Die Grundlage für eine wirklich sozialistische Einigung ist allein im Rätesystem gegeben. Die Stimmung der deutschen Arbeiterklasse ist jetzt ähnlich wie die der russischen zur Zeit Kerenskis. Die acht Monate seit der Revolution haben die Lage des Proletariats nur verschlechtert. (Aber Schluß) Es muß endlich Wandel geschaffen werden. Dazu ist die Diktatur des Proletariats durch das Rätesystem nötig. Auch heute herrscht bei uns eine Diktatur, und diese Diktatur der Militäraristokratie ist terroristischer als der Bolschewismus. Die Diktatur des Proletariats wird im Augenblick zur letzten eine Diktatur der Mehrheit sein. Eine Einigung des Proletariats wird durch die Massenparteien

der reaktionären technokratischen Kreise herbeigeführt werden. Es kann nur eine Einigung nach links geben, und nur auf dem Boden des Rätesystems. (Beifall)

Mit Rücksicht darauf, daß die angeschnittenen Fragen bei der Einigung des Bundes 4 der Tagesordnung („Der Weg zur Einigung“) wieder zur Sprache kommen werden, wird Schluß der Debatte angenommen.

Ströbel verzichtet auf sein Entschuldig. Solange der Sozialismus. Mit der Diktatur ist überhaupt nicht einverstanden zu kommen. Eine Entrechtung der Kapitalisten würde der Diktatur ihre Mitarbeit entziehen. Wir brauchen vorerst aber noch die Leute, die heute an der Spitze der großen Unternehmungen und Sandkiste stehen. Sonst kommt am Ende das Chaos. Ein bolschewistisches Deutschland würde auch die größten Schwierigkeiten von der Güte zu erwarten haben. Wegmanns Forderung ging auf eine völlige Unterwerfung unter seinen extremen Standpunkt — Ein großer Fehler war die Abstimmung der U. S. P. gegen auf dem ersten Mittelwege. Wären sie in den Zentralrat eingetreten, wäre es nicht zum Ausscheiden der Unabhängigen aus der Regierung gekommen. Ich habe, als die Frage des Ausschusses der Unabhängigen aus der Regierung zur Entscheidung stand, den Rücktritt Landsbergs und Scheidemanns gefordert, an deren Stelle ich Roste und Braun vorschlug. Landsberg hielt meine Forderung für angebracht. Scheidemann aber wollte nicht zurücktreten. Ein anderer großer Fehler wurde von der S. P. gemacht, als sie die parlamentarische Befragung des Zentralrats ablehnte. — Eine Einigung wird jetzt vor allem daran scheitern, daß der Parteienrat der S. P. gegen eine einzige Stimme die Ernennung politischer Roste an die Räte ablehnt hat. Die Reaktion marxisiert. Sie wird nicht liegen, aber sie kann ein großes Blutbad einrichten, wenn ihr nicht die Einigkeit des Proletariats den Weg versperren. (Anhaltender Beifall. Die Verhandlungen werden darauf auf Sonntag vertagt.)

Groß-Berlin.

Ruß das Obst so teuer sein?

Diese Frage wird wohl jeder verneinen, auch wenn er der Meinung ist, daß heute alles teuer ist und das Obst keine Ausnahme machen kann. Die Obstpreise, die jetzt gefordert werden, lassen sich eben keinesfalls rechtfertigen und sind Wunderpreise. Dagegen muß nun nicht allein das Publikum, sondern auch die Straßenhändler sollten zur Selbsthilfe greifen, da sie bei geringem Umsatz auch keinen Nutzen haben. In Hamburg haben die Straßenhändler gegen diesen Wunderpreis, indem etwa 200 Händler vom Bund der Straßenhändler auf den Deichmarkt zogen, um die Bauern zur Herabsetzung der Erdbeerpreise zu zwingen. Es gelang ihnen, von den Bauern die Zusage zu erhalten, daß die Erdbeeren an die Händler für 2 Mark pro Korb abgegeben werden sollten, was einem Straßenhändlerpreis von etwa 2,50 Mark entsprechen würde, ein Preis, der angesichts der guten Ernte allerdings immer noch zu hoch ist. Es ist zwar wahrscheinlich, daß dort, wo die Preise herabgedrückt werden, die Ware verschwindet, da das Reichs Ernährungsamt keine Höchstpreise für Obst für das ganze Reich festgesetzt hat. Wir hoffen schon, daß das Reichs Ernährungsamt sich nicht von den Straßenhändlern beschämen läßt und auch, wie diese, die Erzeuger zwingt, das Obst zu einem erheblich billigeren Preise zu verkaufen.

Vertrauensleute der Groß-Betriebe und Lazarettinsassen.

Am 28. Juni soll in Frankfurt a. M. ein Kongreß aller Lazarettinsassen Deutschlands stattfinden. Die erforderlichen Mittel dafür müssen durch Sammlungen aufgebracht werden. Deshalb daran, daß die Lazarettinsassen die Städte sind, in denen die durch den völkermörderischen Krieg verursachte Hunger- und Seuchenfinden sollen! Denkt an die, die jetzt noch jahrelang in den Lazaretten liegen müssen, die wegen ihrer Wunden und Krankheiten immer wieder die Lazarettinsassen aufsuchen müssen, an unsere Brüder, die in kurzer Zeit hier und dort aus der Lazarettinsassen zurückkehren und die Lazarettinsassen werden! Wir müssen alle anspannen, um die Verhältnisse in den Lazaretten so zu gestalten, daß wir vor uns und unseren Wunden und lebenden Dürtern besichtigen können! Darum geht!

Lazarettkommission Groß-Berlin.

Hundertmarkt, Schwanendeb.

Die Besteuerung der Kriegsteilnehmer.

Die Steuerbelastung derjenigen, die im Felde waren, führt zu besonderen Härten. Wer jahrelang im Felde war und sich heute in Arbeit befindet, muß angeben, welchen Verdienst er zur Zeit hat. Dieses Einkommen wird auf das laufende Jahr verteilt und dementsprechend wird der Betreffende zur Steuer belastet. Alle andern, die nicht im Felde waren und deshalb bleiben konnten, verdienen nur das Einkommen des letzten Jahres. Dieses Einkommen ist infolge der im Vorjahre bezahlten Löhne vielfach erheblich geringer als das Einkommen im diesem Jahre. Dierdurch besteht der Besteuerungslast geringere Steuern als der, der im Felde war. Dazu kommt, daß die Verhältnisse sich bis zum nächsten Jahre wieder ändern können und daher im Felde Gewesene im nächsten Jahre die dreifache Einkommenshöhe wiederum verdienen muß. Wenn aber die Einkommensverhältnisse wieder ungünstiger sein werden, so werden die Kriegsteilnehmer wiederum benachteiligt. Wie die letzten Koordinationen getroffen sind, läßt sich dagegen etwas tun, aber der Finanzminister kann sehr wohl durch eine Anordnung die Härte beseitigen, durch die gerade Kriegsteilnehmer getroffen werden.

Die Pfarren und der Frieden.

Unsere Pfarren haben trotz ihrer Friedensbetrachtungen immer für den Krieg gewirkt und für die Wiederherstellung „der Feinde“ ihren Herrgott angefleht. Die Kirche bemühte sich im Arge, ein Instrument der herrschenden Klasse. Sie trat ein für Kaiser, anstatt daß sie Menschenliebe predigte, sie trieb die größte Weiteilung, die jemals begangen wurde. Die war auch die beste Stütze des Hohenzollernismus und es schmerzt die Herzen Pfaffen, daß ihr Prophet, der Kaiser, jetzt dran glauben soll. Eine Verlammlung der Geistlichen Groß-Berlin am 20. Juni in der Nikolaiskirche hat sich unter dem Vorsitz von Generalprokurator Dr. Daendler einstimmig gegen die Unterzeichnung unzulässiger Friedensbedingungen als gegen eine vor uns nicht erfüllbare Friedensbedingungen und gegen die schamlose Zustimmung der Auslieferung des Kaisers und anderer deutscher Männer erklärt.

Sie wollen ihren Kaiser retten, weil sie ihn wiederhaben wollen. Die große Masse verzichtet ganz auf den Mann mit dem Kaiserwahnhaft.

Ein gefährlicher Spielplatz.

Ein Leser, der durch Unglücksfall ein Kind verloren hat, schreibt uns:

Auf dem Tempelhofer Felde befindet sich ein Pfuhl, der eine Tiefe von über 8 Meter hat. Trotz der Gefährlichkeit ist die Umgebung desselben nur auf zwei Seiten in Ordnung. Obwohl dort täglich Hunderte von Kindern spielen, ist auch keine Aufsicht. Am Mittwoch, den 11. Juni, wurde dort ein durch das besonnen und schnelle Zugreifen eines dort arbeitenden Mannes ein Kind vor dem sicheren Ertrinken bewahrt. Am Donnerstag

2. Juni. ... auch wieder viel Kinder, unter welchen ... ein alterer Junge befand. Ein alterer Junge ...

Es trifft also hier das Sprichwort zu: Wenn das Kind ...

Frachtfahrwerke als Verkehrsmittel.

Während der Streiks der Verkehrsarbeiter, trachten auf den ...

Dieses unregelmäßige Verkehr will nun eine Polizeibehörde ...

Die Berliner Polizei weiß gut zu reglementieren. Ihre ...

Die Rottegarden — eine öffentliche Gefahr. Zu diesem ...

Ein schwerer Unglück ereignete sich Sonnabend vormittag 10 Uhr ...

Waffenschau im Reichensdorf. Der nächste Vortrag aus dem ...

Vereinigung sozialistischer Lehrer und Lehrerehen Groß-Berlin. Montag abend 7 1/2 Uhr ...

Die nächsten Volkstanzkonzerte des Philharmonischen Orchesters ...

Ihre ordentliche Generalversammlung hält am Montag, den ...

Internationales Band der Kriegesbeschädigten und Hinterbliebenen. ...

Internationales Band der Kriegesbeschädigten, Bezirk Nordwest ...

Lebensmittellisten.

Nächste Woche Brotharte „Lebensmittellistenverband“.

In der Woche vom 23. bis 29. Juni darf Brot und Mehl nur auf ...

Berlin. Gemittelt der Vorrat reicht. Eier auf Abschnitt 54 der ...

Charlottenburg. Mehl 200 Gramm oder 1 Pfund ...

Wilmersdorf. 200 Gramm Kuchenteig oder 1 Pfund ...

Schöneberg. Die 24. Juni Vormittag 1/2 Pf. amerikan. ...

Neukölln. Fortsetzung des 7. Ausfalls von Rubel und ...

Spandau. 100 Gramm Weizenmehl (3), 1 Pfund Kartoffel ...

Hanover. 1/2 Kranke und schwangere Frauen ...

Tempelhof. 50 Gramm Butter, 40 Gramm Brot, 150 Gramm ...

Treptow. 200 Gramm Weizenmehl (3), 1 Pfd. ...

Brig. 100 Gramm Weizenmehl (3), 1 Pfund ...

Wilmersdorf. Gemittelt der Vorrat reicht. Eier auf Abschnitt ...

Charlottenburg. Mehl 200 Gramm oder 1 Pfund ...

Wilmersdorf. 200 Gramm Kuchenteig oder 1 Pfund ...

Schöneberg. Die 24. Juni Vormittag 1/2 Pf. amerikan. ...

Neukölln. Fortsetzung des 7. Ausfalls von Rubel und ...

Spandau. 100 Gramm Weizenmehl (3), 1 Pfund Kartoffel ...

Hanover. 1/2 Kranke und schwangere Frauen ...

Tempelhof. 50 Gramm Butter, 40 Gramm Brot, 150 Gramm ...

Treptow. 200 Gramm Weizenmehl (3), 1 Pfd. ...

Aus den Organisationen.

Zweiter Kreis, 1. Abteilung, Friedrichshagen, Sozialisten.

Zweiter Kreis, 2. Abteilung, Friedrichshagen, Sozialisten.

Vierter Kreis, 1. Abteilung, Friedrichshagen, Sozialisten.

Zweiter Kreis, 2. Abteilung, Friedrichshagen, Sozialisten.

Zweiter Kreis, 1. Abteilung, Friedrichshagen, Sozialisten.

Charlottenburg, Offentliche Versammlung Dienstag abend 7 Uhr

Wilmersdorf, Offentliche Versammlung Dienstag abend 7 1/2 Uhr

Wilmersdorf, Offentliche Versammlung Dienstag abend 7 1/2 Uhr

Wilmersdorf, Offentliche Versammlung Dienstag abend 7 1/2 Uhr

Tempelhof, Offentliche Versammlung Dienstag abend 7 1/2 Uhr

Tempelhof, Offentliche Versammlung Dienstag abend 7 1/2 Uhr

Tempelhof, Offentliche Versammlung Dienstag abend 7 1/2 Uhr

Tempelhof, Offentliche Versammlung Dienstag abend 7 1/2 Uhr

Tempelhof, Offentliche Versammlung Dienstag abend 7 1/2 Uhr

Tempelhof, Offentliche Versammlung Dienstag abend 7 1/2 Uhr

Spiel und Sport.

7. Spielvereinigung 1812. Chemalige Mitglieder ...

Turnverein Jüdische. Die 18. Jahrgangsstellung ...

Beantwortung für die Redaktion. ...

Verkaufe
Kleider, Schuhe, Möbel, etc.

Parzellen
Grundstücke, Immobilien, etc.

Gummi
Gummiwaren, etc.

Piano und Möbel
Pianos, Möbel, etc.

Platin Silber
Metalle, Schmuck, etc.

Kupfer
Metalle, etc.

Einkauf
Einkaufsgüter, etc.

Werkzeuge und Maschinen
Werkzeuge, Maschinen, etc.

Parflogesuche

Kupfer

Klavier

Werkzeuge

Werkzeuge

Werkzeuge

Werkzeuge

Werkzeuge

Photo-Platten für die Ferien

aus Heeresbeständen
stark ein Drittel bis etwa zur Hälfte billiger als der jetzige Listenpreis.

Hepia-Platten IV 9x12, das Dutzend	M. 6.60 (jetz. Listenpr. M. 9.90)
IV 13x18	10.55 (12.90)
II 10x15	7.30 (8.50)
II 13x18	8.50 (10.25)
Arfa-Chromo-Isolar-Platten 9x12 d. Dr.	6.50 (7.75)
10x15	9.65 (11.25)
13x18	11.20 (13.20)
10x15	7.30 (8.50)

Die Hebia-Platte IV ist eine orthochromatische Platte mit Blaudämpfung in der Schicht (Fabrikat Hauff Plavin oder Schleusser-Viridin).
Die Hepia-Platte II ist eine hochempfindliche Platte für alle Durchsichtszwecke.
Die Platten sind gut und brauchbar.
An- und Verkauf von neuen und gebrauchten Photoapparaten.
Sämtliche Photo-Bedarfsartikel in bewährter Güte.
Walter Taibot, Berlin SW. 19, Jerusalemstr. 42.

Möbelfabrik Rob. Seelisch

Gegründet 1876
BERLIN O. 34, Rigauer Str. 71-73 a
empfehlen
gute preiswerte Möbel-Einrichtungen
in jeder Preislage.
Ganz besonders grosse Auswahl in
Schlaf-, Speise-, Wohn- und
Herrenzimmern
Jedem Geschmack entsprechend.
154 Musterräume
La geräume: 6000 Meter gross



Täglich laufen unzählige Anfragen bei uns ein, wie sich unsere Kopf- und Hand- arbeiter bei Sozialisierungsproblemen zu verhalten haben.

Wir legen daher die Broschüre von Alfons Goldschmidt:

Arbeiterräte!

Wie führt Ihr die

Sozialisierung durch



sofort in Druck.
Voraussetzlicher Preis 30 Pf. Bei Sammelaufträgen hoher Rabatt.
Vorausbestellungen erbitten wir schnellstens.

Verlag der Räte-Zeitung
Berlin NW 6, Luisenstraße 28.

Deutsche Liga für Völkerbund

Soeben erschienen:
Das Ultimatum der Entente
Vollständiger Text der Mantelnote und der Antwort der Entente auf die deutschen Gegenvorschläge
Amtlicher Wortlaut
Ladenpreis 3 Mark und 10% Sortiments-Teuerungszuschlag

Das Ultimatum der Entente
Vollständiger französischer Text
Desgl. vollständiger englischer Text
Ladenpreis je 3 Mark und 10% Sortiments-Teuerungszuschlag

Der Kampf um den Rechtsfrieden
Die Urkunden der Friedensverhandlungen
Vollständiger Abdruck des amtlichen Weißbuchs mit den deutschen Gegenvorschlägen
Ladenpreis 5 Mark und 10% Sortiments-Teuerungszuschlag

Zu haben in allen Buchhandlungen und durch den Verlag direkt
HANS ROBERT ENGELMANN, BERLIN W15

Spezial-Abteilung Uniformen färben, in Civil umarbeiten

in schwarz, blau, braun, grün und Cover-Coat-Farbe in 8 Tagen
Wenden, Umarbeiten, Neuarbeiten v. Herren- u. Damen-Garderobe in 3 Tagen
Original echt engl. Stoffauswahl in 6 Tagen
Jeder Artikel wird außerdem gefärbt in 48 Std.

Trauersachen
BASCH & BUCZKOWSKI
Centrum 7119, Friedrichstraße 68 I, Centrum 7119.

Zähne 3 Mark!

mit echtem Friedens-Kautschuk
schöne, natürliche Farbe bei 5jähr. schriftlicher Garantie.
Zahnziehen mit örtlich. Betäubung nach bewährter Methode bei Bestellung von Gebissen gratis!
Spezialität: Zähne ohne Gaumen!

Echte Goldkronen von 30 Mark an.
Keine Luxuspreise.
Fachmännische Munduntersuchung und Rat kostenlos.

Zahnpraxis Hatvani

Danziger Strasse 1
Ecke Schönhauser Allee, Eingang Danziger Straße.
Sprechstunden von 9-12, 2-7, Sonntags und Feiertags 9-12.
In den letzten 2 Jahren über 2500 Gebisse zur vollsten Zufriedenheit geliefert.

Kaufmännische Privatschule

von **Paul Kowalski**
Berlin SO., Köpenicker Str. 143, am Seil. Bahnhof
Fernsprecher: Moritzplatz 11236.
Ausbildung in allen Handelsfächern sowie Stenographie, Maschinenschreiben, Englisch, Französisch, Polnisch, Russisch, Deutsch, Schreiben, Rechnen, polnische Stenographie und Maschinenschreiben, kaufmännische und landwirtschaftliche Buchführung.
Tages- und Abendkurse.

Möbel

jeder Art preiswert
Große Auswahl
Möbel-Lechner
BERLIN
Brennenstraße 7
Nähe Rosenthaler Platz

Erprobte Erfindung! Zum Schutze der Volksgesundheit

Beseitigung von Ausflüssen u. chron. Katarrhen (schnell u. schmerzlos)
Sanabo
Erfolgreichstes Spezial-Instrument bei Blasen-, Darm- u. Harnleiden aller Art.
In Krankenhäusern, Lazaretten, Kliniken im Gebrauch.
Empfohlen von ersten Autoritäten.
Nützlich für Ärzte oder auch ärztliche Verordnung.
„Sanabo“ Berlin W., Bülowstr. 12, part. 2. u. 3. Et. Tel. 566.
Ärztliche Sprechstunden 12-2, 6-8, Sonntags 11-1. Prospekt.

Möbel

extra billig
Schlaf-, Speise-, Herren-Zimmer, Küchen, große Auswahl.
Zahlungsanleiherung auf Wunsch.
Neugebauer, Charlottenburg, Wilmersdorfer Str. 128, I. Ecke Schillerstr. Kein Laden.

Am 25. Juni erscheint

Die sozialistische Wochenschrift für politische und kulturelle Satire
Mit Beiträgen von Käthe Kollwitz, Hans Baluschek, Heinrich Vogeler, Worpssede, Fritz Keil, Arthur Holtscher u. a.
Preis der Nummer 25 Pfg. Zu haben im Straßenhandel.

Berliner Zahn-Institut

Klinik-System
Königstr. 48, Eingang Hoher Steigweg, gegenüber vom Rathaus.
Sprechstunden von 8-12, 5-7.
Zahnziehen unentgeltlich!
Zahnziehen mit Betäubung 2 Mk.
Plomben, bestes Material:
Cement-Plombe 2 M.
Silber-Amalgam-Plombe 3 M.
Gold-Amalgam-Plombe 4 M.
Zahnschmelz-(Porzellan-)Plombe 4 M.
Gold-Krone 18 M.
Gold-Krone, 20 Karat 30 M.
Zähne reinigen, blendend weiß, 3 Mk.
Zahnersatz, mit und ohne Platte.
erstklassige Verarbeitung, langjährige Garantie, billigste Preise.
Schonendste Behandlung auch für empfindlichste Personen.

Säle bis 1000 Personen frei

für Vereine, Versammlungen usw. Auskunft erteilt im Bureau des Vereins, Konradstr. 24, früher Armia-Hallen
Direktion: **Selbiger-Engfer**
Kommandantenstr. 55-59, Fernsprecher 10155.

J. Kirsch, Dentist

Zahnarzt
Sprechstunden von 9-11 und 3-6, Sonntags von 10-12 Uhr
Berlin SO 16, Mikowekirchstr. 24, Teleph. No. 11760
im Hause der Leinwandweberei Anstalt
Zahnziehen fast schmerzlos / schmerzloser
Zahnersatz / Goldkronen und Brückenarbeit
Keine Luxuspreise

MORTOL

der **Mottenschutz** des kleinen Mannes
Überall erhältlich
Julius Lewisson, Berlin N 24.

Aus dem Felde zurück!

Wollen Sie einen nur tadellofen und leuchtenden Zahnersatz haben, welcher der Natur täuschend ähnlich ist und womit Sie alles kauen können, so wenden Sie sich ganz vertrauensvoll an
Gebrüder
Hons Berlin, Moabit, Stephanstr. 17 I. Sprechzeit von 9-7
Willi Berlin, Nord., Prinz Eugenstr. 15 I. Sprechzeit von 9-12 u. 3-7.

Zahnpraxis Goldberg

Direkt am Bahnhof Alexanderplatz
Eingang Ecke Königsgraben
Sprechstunden 9-6
Zahnziehen umsonst
Zähne auffallend billig
Reparaturen in 8 Stunden
Schonendste Behandlung.

Dr. med. Karl Reinhardt

Berlin, Potsdamer Strasse 117 (a. d. Luisenbrunnen)
Haut- und Harnarzt
bewährte, fachmännische Behandlung.
Unentgeltliche Auskunft und ausführliche Gratis-Broschüren (Beschreibung sämtlicher Heilverfahren) in den Sprechstunden von 11-12 mittags, 1-2 abends, Sonntags 11-12 Uhr (im ver- schlossenen Brief M. 1.00).

Sie gehen wie auf Federn!!!

Kein SCHWEISSFUSS, kein BRUNNEN und DURCHLAUFEN der Füße bei Anwendung von „Soma“ PRAESERVATIV-CREME. — Nur echt bei
Sünderhauf & Co., BERLIN, Große Frankfurter Straße 80.

Hygiene der Ehe

Ärztlicher Führer für Braut- und Eheleute von Frauenarzt Dr. med. Zikel, Charlottenburg.
Aus d. Inhalt: Ueber die Frauen-Organe. Körperliche Ertüchtlichkeit u. Unfähigkeit, Gebäh- u. Stillfähigkeit. Frauen, die nicht heiraten sollten etc. — Ertüchtlichkeit u. Ausschweifungen vor der Ehe. Ethische Pflichten, Keuschheit oder Polygamie? Hindernisse der Liebe etc. — Krankheiten in der Ehe. Klugste frühere Geschlechtskrankheiten, Vererbung und Ansteckungsgefahr. — Körperliche Leiden der Ehefrau. Entstehung und Heilung der weiblichen Gebähshilfe. Folgen der Kindlosigkeit. Gefahren späten Heirats für die Frau. — Neurasthenie und Ehe. Hysterische Anfälle. Hygiene des Nervensystems bei Mann und Frau etc.
Besag gegen Einsendung v. M. 2.— od. Nachnahme durch Medizin. Verlag Schwabe & Co., Abt. 342, Berlin NW 47, Ecke v. Renkowsplatz 5.

Metall-Bettstellen

mit Patentfeder-Matratze 05.— M. do, mit 12 Messing verz. sehr preiswert
Mittelnbettstellen 25 M.
Polsterbettstellen 49 M.
Fertige Betten in div. Preislagen.
Inletta, Bettwäsche (Bettgeschmied)
Bettfedern und Dauen von 3,95 M. an.
Berliner Bettenhaus
Charlottenburg, Wilmersdorfer Str. 83-84
Am Wilhelms 4787.

Kostenwagen

von M. 50.— an
Leiterwagen von M. 55.— an, 10er Käder etc.
G. Wagner, Köpenicker Straße 71. (Kein Laden)

Pelze

Woll-Blau-Kreuzfuchs gegen bar und erleichterte Zahlungsbedingung.
Briele erbeten, Pelzhaus
ABUCCO
Berlin NW 19

COGNAC

bekannteste deutsche Marken,
feiner Weinbrand und Verschnitt 30-40% feiner Rum, Zwetschen- und Kirschenwasser, sowie Weißweine, prima Sektmarken mit Zucker gesüßt, geben, soweit Vorrat, an Verbräucher ab.
Kirstein & Co., Weinkellereien Berlin, Schützenstr. 6, Zentrum 1521, 2327.

Photo-Apparate

aller Art
Photogr. Artikel
Teilzahlung gestattet für Kassio 10% Rabatt
Katal. umsonst u. portofrei
Jonass & Co., Berlin SW. 867, Belle-Alliance-Str. 7-10.

Gebrauchte Fahrräder

mit Gummibereifung von 100 Mk. an.
Reparaturen billigst
Fahrrad-Centrale Lichtenberg, Frankfurter Allee 65.

Brennholz trocken!!

Jetzt beste Zeit zum Eindecken für den Winter, bei 10 Zt. liefert billigst frei Haus
Schreibers Holzgroßhandlung Berlin-Friedrichsdorf-Ost, Waldowstrasse 27/28, Fernspr. Friedrichsdorf 338.

Saal

ca. 200 Personen fassend, noch an einigen Tagen der Woche zu vergeben
Selbiger, Neukölln-Heil-Kasino, Weichselstraße 5.

Sofas

prima Stoff, weich u. bequem auf Rollen montiert
von **M. 375.—** an
Ruhebetten in jeder Ausführung von **M. 175.—** an
Nur solange Vorrat
Stolzmann
Belle-Alliance-Str. 100
Bestimmte Lieferung auf Wunsch

Küchen

sehr billig und in Spezialgeschäften
Hochzeit-Wasser
Britzer Straße 15.

Tätowieren

schmerzlos, ohne Stiche
Schmerzmittel
unentgeltl. Prospekt
Schriftl. 4-7, Sonntags 11-12
Kittische, Charlottenburg, Kantstraße 88, nahe Hauptbahnhof

Spezial-Arz

Dr. Seiff
für Haut-, Harn-, und Prostata-Lenden — Salvarsan — Kuren
Urin- und Blinnyuntersuchung
in Heil-Anstalt Lützen
Rosenthaler Str. 63-71
19-1, 3-5, Sonnt. 11-12
Berlin Nord-Wilhelms

Facharzt

Dr. Meyenberz
für Geschlechtsleiden
11-1 und 5-7 Uhr
Potsdamer Str. 278.

